

# Volt

## Mehr Spannung für Österreich

**Kurzwahlprogramm**

**für die Nationalratswahl 2024**

**FUTURE  MADE IN EUROPE**

# Inhalt

Vision.....	3
<b>I. Reform der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....</b>	<b>4</b>
Vision Verteidigungspolitik.....	5
1. Aussetzung der Wehrpflicht.....	6
2. Neubewertung der Österreichischen Neutralität und Stärkung der EU-Verteidigung.....	6
3. Demokratische Entscheidungsfindung.....	7
4. Voll integrierte Verteidigungskräfte.....	8
5. Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitskultur.....	8
<b>II. Demokratie stärken.....</b>	<b>10</b>
Vision.....	10
1. Wahlrecht für alle in Österreich lebenden Menschen ab 16 Jahren.....	10
2. Erleichterung des Zugangs für neue politische Organisationen und digitale Barrierefreiheit.....	11
3. Bürger*innenräte als Demokratieverstärker.....	12
<b>III. Sozialpolitik.....</b>	<b>13</b>
Vision.....	13
1. Faire Löhne für eine gerechte Gesellschaft.....	14
2. Ein Zukunftskonto für alle jungen Menschen.....	14
3. Stärkere Unterstützung für Menschen in Notlagen.....	14
4. Bezahlbares Wohnen als Grundrecht.....	15
5. Ein stabiles und zukunftsicheres Rentensystem.....	16
6. Einführung einer Erbschaftssteuer.....	16
7. Steuer für Superreiche.....	16
<b>IV. Gesundheit.....</b>	<b>17</b>
Vision.....	17
1. Interprofessionelle Kooperation.....	18
2. Pflegefachpersonal.....	18
3. Legalisierung von Cannabis.....	18
4. Eine Alkoholsteuer für die Stärkung des Gesundheitssystems.....	19
<b>IV. Innovatives Österreich.....</b>	<b>19</b>
Vision.....	19
1. Data to the People!.....	19
2. Digitale Verwaltung statt Behördengang.....	20
3. Digitale Transformation der Wirtschaft für mehr Nachhaltigkeit.....	21
<b>V. Migration &amp; Asylpolitik.....</b>	<b>22</b>
Vision.....	22
1. Sichere und geregelte Fluchtrouten.....	23

2. Humane, schnelle und faire Asylverfahren.....	23
3. Faires Verteilungssystem.....	23
4. Integration und Befähigung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen.....	23
5. Internationale Entwicklungszusammenarbeit.....	24
6. Verbesserung von Rückführungen.....	24
7. Anwerbung internationaler Fachkräfte.....	24
<b>VI. Tierschutz.....</b>	<b>25</b>
Vision.....	25
1. Faire Tierhaltung.....	25
2. Wolfsmanagement.....	26
3. Fischotter.....	26
4. Förderung Pflanzlicher Ernährung.....	27
<b>VII. Energie und Klimaschutz.....</b>	<b>28</b>
Vision.....	28
1. Energieversorgung.....	28
2. Klimafreundliches Bauen und Heizen.....	29
3. Klimaneutrale Landwirtschaft.....	30
4. Mobilitätswende.....	31
<b>VIII. Menschenrechte &amp; soziale Gleichberechtigung.....</b>	<b>32</b>
Vision.....	32
1. Ein Ende des Sexismus.....	32
2. Ein Ende der Queerfeindlichkeit.....	34
3. Ein Ende der Diskriminierung für kulturelle Zugehörigkeit, nationale Herkunft und religiöse Überzeugung.....	37
<b>IX. Jugend, Bildung &amp; Forschung.....</b>	<b>41</b>
Vision.....	41
1. Jugendbeihilfe.....	41
2. Schulreform.....	42
3. Lebenslange Bildung.....	43
4. Ausbau der Forschung.....	45
Referenzen.....	46

## Vision

Unsere Vision ist ein klimaneutrales, innovatives, gerechtes, menschenrechtliches und föderales Europa.

Als transnationale europäische Partei haben wir uns auf ein Wahlprogramm für ganz Europa geeinigt, mit dem Volt bei der Europawahl 2024 angetreten ist. In diesem Kurzwahlprogramm für die Nationalratswahl 2024 in Österreich, wollen wir über unsere Forderungen aus dem Europawahlprogramm hinaus, speziell auf unsere Forderungen in Österreich eingehen.

Österreich, mit seiner reichen Geschichte und kulturellen Vielfalt, spielt eine zentrale Rolle in diesem europäischen Projekt. Wir wollen, dass Österreich weiterhin eine Vorreiterrolle in der EU einnimmt, indem es Innovation, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit fördert. Volt Österreich steht für ein Europa, das seine Schwächen überwindet, indem es strukturelle Defizite angeht und die Transparenz und Effizienz seiner Institutionen verbessert. Wir setzen uns für eine gerechte Besteuerung ein, bei der sehr wohlhabende Privatpersonen und Unternehmen ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Hand leisten.

Unser Ziel ist ein soziales Europa, das aktiv die Entwicklung ärmerer Regionen fördert und deren Lebensstandard hebt. Wir glauben an ein Europa, in dem Bürger\*innen aus allen Teilen der Union zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Interessen zu verteidigen und an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Wir sind überzeugt, dass Österreich in diesem Europa eine starke Stimme haben sollte, die für Solidarität, Nachhaltigkeit und Innovation steht.

Volt steht für ein Europa, in dem die kulturelle und regionale Identität seiner Mitglieder respektiert wird und gleichzeitig eine gemeinsame europäische Identität fördert. Unser Ziel ist die Förderung einer starken europäischen Identität, die neben der regionalen und nationalen Identität der Bürger\*innen Europas besteht. Volt Österreich setzt sich dafür ein, dass gesellschaftliche Entwicklungen auf europäischer Ebene zu einer stärkeren Zusammengehörigkeit auf Basis von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie führen.

# I. Reform der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für eine gut funktionierende Gesellschaft. Sicherheit bildet die Grundlage für alle Bereiche der Regierungsführung und der Gesellschaft und legt die Bedingungen für die weitere Entwicklung in allen Bereichen fest. Sie ist eine Ressource, die die EU benötigt, um Schutz, Frieden, Demokratie und Wohlstand für alle Europäer\*innen zu gewährleisten. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben große Teile Europas in Frieden gelebt. Die EU-Mitgliedstaaten haben Sicherheit und Schutz erlebt und konnten sich in Frieden entwickeln.

Leider hat es in unserer europäischen Nachbarschaft seit dem Ende des Kalten Krieges Konflikte gegeben. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien tobte in den neunziger Jahren auf dem Balkan. Seit dem Kaukasus-Krieg von 2008 sorgt der Neo-Imperialismus Russlands zunehmend für Instabilität, mit der Ukraine ist auch ein Land unmittelbar an den EU-Außengrenzen Opfer russischer Aggression geworden. Hinzu kommt, dass Cyber-Bedrohungen mit staatlich finanzierten Angriffen aus Russland, China und Nordkorea zunehmen. Instabilität und Bedrohungen für die europäische Sicherheit, für lange Zeit vorüber geglaubt, sind wieder vorhanden und die EU war nicht in der Lage, auf sie zu reagieren, geschweige denn sie zu lösen.

Spannungsquellen oder Konflikte in anderen Regionen dieser Welt können unsere Lebensweise ebenfalls beeinflussen. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass vermeintlich sichere Bezugsquellen von strategischen Rohstoffen plötzlich versiegen können. Es gibt zahlreiche Szenarien, in denen die Versorgung mit strategischen Ressourcen und Gütern unterbrechen werden kann, sei es die Blockade von geographischen Engpässen, Piraterie, oder Kriege und Naturkatastrophen, die die Produktion in Übersee unterbinden. Die EU muss sowohl anstreben, strategische Produktion wieder vor Ort anzusiedeln, als auch die Versorgung mit Rohstoffen über viele Länder zu diversifizieren, um künftige Schocks und Einschnitte abzufedern.

Österreich verlässt sich seit 1955 offiziell auf seine Neutralität, in Wahrheit jedoch auf die benachbarten NATO-Staaten. Im Falle eines Angriffs auf das Bundesgebiet Österreich erwarten unsere nationalen Parteien, dass EU & NATO uns helfen, während im Falle eines Angriffs auf ebendiese Österreich keine militärische Hilfe leisten würde. Neutralität & Bündnisfreiheit sind keine Garantien für Sicherheit und liefern uns den Gutwillen anderer Staaten aus, wie die russische Invasion der Ukraine gezeigt hat.

Dieses herausfordernde geopolitische Umfeld führt zu der Schlussfolgerung, dass die EU in der Lage sein muss, ihre eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu etablieren und die erforderlichen Fähigkeiten zu entwickeln und aufrechtzuerhalten. Mit anderen Akteuren und Organisationen können Partnerschaften geschlossen werden. Von ihnen kann jedoch nicht erwartet werden, dass sie die europäische Sicherheit gewährleisten. Unsere Sicherheit ist europäisch und erfordert einen eigenen europäischen Schutz.

## **Vision Verteidigungspolitik**

Ein starkes Europa muss für seine Bürger\*innen eintreten. Der Schutz unserer Bevölkerung, unseres Territoriums und unserer Werte ist eine der Kernaufgaben der EU, die wir nur gemeinsam erfüllen können. Die allgemein gültigen Werte, die von den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden, müssen verteidigt werden.

In diesem komplexen geopolitischen Umfeld liegt es an unseren politischen Führungspersonen, sich den Herausforderungen zu stellen und Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Diese Herausforderungen enden nicht an nationalen Grenzen und können daher auf nationaler Ebene oder von nationalen Institutionen nicht angemessen und umfassend bewältigt werden. Unsere jeweilige Sicherheit ist die Sicherheit aller Europäer\*innen, und die Verteidigung des Kontinents ist die Verteidigung aller Europäer\*innen. Die einzige Ebene, auf der diese Herausforderungen angemessen bewältigt werden können, ist die kontinentale Ebene. Kurzfristig müssen die Politik und die Zusammenarbeit der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung gestärkt werden. Mittelfristig muss die EU alle ihre Sicherheits- und Verteidigungskomponenten integrieren. Die künftige Verteidigungspolitik der EU muss darauf abzielen, die EU und ihre Bürger\*innen zu schützen, indem ein gemeinsames Verteidigungssystem aufgebaut wird, das wirksam gegen Bedrohungen in nah und fern vorgeht. Die Sicherheit der gesamten EU wird durch die Bündelung der finanziellen, personellen, logistischen und nachrichtendienstlichen Ressourcen weitaus effizienter und qualitativ erheblich verbessert.

Insgesamt dürfen wir nicht den Fokus auf das ultimative Ziel von Sicherheit und Verteidigung verlieren, sei es auf lokaler, nationaler oder kontinentaler Ebene: Sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft und unsere Bürger\*innen frei sind, sich entwickeln und zu entfalten. Gegenwärtig konzentrieren sich nationale Sicherheitspolitiken, einschließlich militärischer Einsätze und Beschaffungsstrategien, zu oft auf einzelne nationale Interessen und innenpolitische Ziele. Inzwischen befürwortet eine Mehrheit der Europäer\*innen eine enge Zusammenarbeit zwischen europäischen Armeen, und ein großer

Prozentsatz von ihnen sehen nicht einmal die Notwendigkeit eines unabhängigen Einsatzes nationaler Armeen. Wir sind der Überzeugung, dass die Sicherheit der europäischen Bürger\*innen Vorrang vor den innenpolitischen oder wirtschaftlichen Absichten der einzelnen Nationen oder Regierungen hat.

Letztendlich kann nur eine einheitliche europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auf der effizientesten, innovativsten und wirkungsvollsten Basis beruht, dauerhafte Sicherheit gewährleisten. Unsere Vision für die europäische Sicherheit und Verteidigung besteht aus folgenden Bausteinen

## **1. Aussetzung der Wehrpflicht**

Volt sieht in dem Grundwehrdienst eine Form der Zwangsarbeit. Langfristig braucht es Europäische Verteidigungsstreitkräfte (EU-Armee), welche eine reine Berufsarmee sein soll. Bis dahin muss das Österreichische Bundesheer in eine professionelle Freiwilligenarmee umgewandelt werden. Parallel dazu sollte die Einführung eines Rekrutierungsmodells nach schwedischem Vorbild als Best Practice geprüft werden. Alle Bürger\*innen eines Jahrgangs werden dazu angehalten, ab dem Erreichen eines Stichtages einen webbasierten Fragebogen auszufüllen. Darin kann der Wehrdienst einfach ersatzlos verweigert oder weitere persönliche Angaben sowie der Verwendungswunsch angegeben werden. Auch der Verwendungswunsch zu einem Zivildienst ist so möglich. Dieses Modell würde es ermöglichen, flexibel und bedarfsorientiert auf freiwilliger Basis Personal zu rekrutieren. Durch die Freiwilligkeit und die vorherige eingehende Befragung der Wehrwilligen nach deren Verwendungswunsch wird ein hoher Grad an Motivation erreicht. Diese Form des freiwilligen Wehrdienstes/Zivildienstes würde ein Jahr dauern und würde für Männer und Frauen gleichermaßen offenstehen.

## **2. Neubewertung der Österreichischen Neutralität und Stärkung der EU-Verteidigung**

Die Österreichische Neutralität wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt, um das Land vor aggressiven Militärbündnissen, wie sie früher mit Deutschland bestanden, zu schützen. Diese Maßnahme war damals ein wichtiger Bestandteil, um Österreichs Souveränität und Sicherheit in einem von geopolitischen Spannungen geprägten Europa zu sichern. Allerdings hat sich die geopolitische Landschaft seitdem grundlegend verändert.

Heutzutage existiert die Gefahr, vor der die Neutralität ursprünglich schützen sollte, nicht mehr. Die Europäische Union, der Österreich mittlerweile angehört, ist auf Friedenspolitik ausgerichtet und bietet eine stabile, kooperative Sicherheitsarchitektur. Angesichts dieser veränderten Rahmenbedingungen existiert die österreichische Neutralität realpolitisch nur noch auf dem Papier.

Zudem ist das Bundesheer aktuell nicht in der Lage, Österreich umfassend zu verteidigen. Aufgrund jahrelanger Einsparungen ist die militärische Landesverteidigung nicht ausreichend gewährleistet.

Wir **fordern eine gründliche Neubewertung der österreichischen Neutralität** im Kontext der heutigen politischen Realitäten. Diese Analyse soll untersuchen, ob die Neutralität noch zeitgemäß ist und welchen Nutzen sie in der aktuellen geopolitischen Situation hat.

Im Rahmen dieser Neubewertung soll auch die Möglichkeit eines NATO-Beitritts der Republik Österreich geprüft werden. Eine Mitgliedschaft in der NATO könnte die Sicherheitslage Österreichs verbessern und zur kollektiven Verteidigung Europas beitragen.

Langfristig, um den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, unterstützen wir die Schaffung einer EU-Armee. Diese soll ausschließlich zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden und die Sicherheit der Mitgliedstaaten gewährleisten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union außen- und sicherheitspolitisch möglichst neutral agiert. Eine EU-Armee darf nur zur Verteidigung und nicht für offensive militärische Aktionen eingesetzt werden.

Durch diese Maßnahmen wollen wir sicherstellen, dass Österreich und die Europäische Union in der Lage sind, auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen angemessen zu reagieren und gleichzeitig den Frieden in Europa zu bewahren. Eine gut abgestimmte und verteidigungsorientierte EU-Armee könnte die Sicherheit und Stabilität für alle Mitgliedstaaten erhöhen.

### 3. Demokratische Entscheidungsfindung

Europäische Fähigkeiten gehen Hand in Hand mit europäischer Entscheidungsfindung. Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung müssen auf europäischer Ebene im Rahmen des **demokratischen und parlamentarischen Prozesses** entschieden werden: In Bezug auf die Sicherheit der europäischen Bürger\*innen sind Hinterzimmer-Absprachen zwischen nationalen Regierungen nicht legitim. Die militärischen Fähigkeiten Europas müssen von einem europäischen Zentralkommando – letztlich unter der Verantwortung eines europäischen Verteidigungsministeriums und unter

parlamentarischer Kontrolle nach einem gemeinsamen Plan und einer gemeinsamen Militärdoktrin eingesetzt werden.

#### 4. Voll integrierte Verteidigungskräfte

Eine europäische Streitmacht muss unter einem ausschließlich zivilen Kommando stehen, um sicherzustellen, dass Europa unabhängig auf konventionelle und nicht konventionelle Bedrohungen seines Territoriums und seiner Bevölkerung reagieren kann. Dies schließt Expeditionstruppen ein, die im Rahmen eines umfassenden Sicherheitsansatzes und über das gesamte Spektrum eines Konflikts, wann immer dies erforderlich ist, autonom agieren. Dieser Ansatz umfasst auch friedliche Instrumente der Konfliktlösung (z. B. humanitäre Operationen, militärische Hilfe, Friedensdurchsetzung, Friedensschaffung, Abrüstung und Staatsaufbau). Während die Kommandostrukturen vereinheitlicht werden, werden integrierte europäische Streitkräfte auf dem gesamten Kontinent verteilt, und die europäischen Bürger\*innen können sich unabhängig von ihrem Herkunftsland verpflichten. Kurzfristig wäre eine **verstärkte Teilnahme an den EU-Battlegroups (EUBG)** auch mit Kampftruppen (Jäger, Panzergrenadiere etc.) zu begrüßen, damit Learnings von einsatzerfahrenen Nationen bei gemeinsamen Übungen auch in Österreich verstärkt in die eigene Ausbildung einfließen können.

#### 5. Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitskultur

Die Ereignisse der letzten Jahre haben Mängel in den klassischen Sicherheitstheorien aufgezeigt. Einerseits hat uns der Anschlag auf das World Trade Centre am 11. September 2001 daran erinnert, dass wir es nicht nur mit staatlichen Akteuren zu tun haben. Andererseits zeigten die russischen Aktivitäten in Georgien und der Ukraine oder das Erstarken Chinas zur militärischen Großmacht, dass geopolitische Konflikte zwischen Staaten nicht beendet sind und die Welt zunehmend multipolar und fragmentiert ist. Szenarien der kollektiven Verteidigung sind wieder aufgetaucht. Wir können uns nicht auf einen einzigen Typ militärischer Einsätze vorbereiten, sondern müssen gleichzeitig für alle Arten von militärischen Aktionen bereit sein – sei es, um unsere eigene Verteidigung zu gewährleisten, im Auftrag der Vereinten Nationen zu handeln oder das Prinzip der Schutzverantwortung umzusetzen.<sup>2</sup> Die Streitkräfte müssen sich gleichzeitig auf Aufstandsbekämpfung bei Auslandseinsätzen (wie in Afghanistan und Mali), militärische Unterstützung (wie in Niger und der Demokratischen Republik Kongo), konventionelle Kriege und großangelegte Cyber-Angriffe auf zivile und militärische Ziele vorbereiten. Die raschen Veränderungen – einschließlich des Rückzugs der USA aus der Gewährleistung kollektiver Sicherheit und des Auftauchens neuer Mächte – müssen genau verfolgt werden. Diese Herausforderungen erfordern eine flexible und zukunftsorientierte europäische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, welche den derzeitigen Flickenteppich nationaler Politik ersetzt. Volt fordert die **Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik**: ein System, das einen funktionsfähigen Rahmenplan für die

europäische Verteidigung bietet. Dies beinhaltet ein System der gegenseitigen Kontrolle, um die Einschränkungen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik so gering wie möglich zu halten. Der Aufbau europäischer Verteidigungskapazitäten ist notwendig, um schnell und wirksam an globalen Aufgaben mitwirken zu können. Ein zentrales Anliegen ist es, im Rahmen der bestehenden globalen Konventionen und Grundsätze zu handeln, welche die Rechtsstaatlichkeit und humanitäres Recht respektieren sowie, wenn immer möglich, im Rahmen von UN-Mandaten.

## **II. Demokratie stärken**

### **Vision**

Die bisherigen politischen Verhältnisse in Österreich führten dazu, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend berücksichtigt wurden. Es gab keine Möglichkeit, sich effektiv für die eigenen Anliegen einzusetzen. Beteiligungsformate sind oft ohne Verbindlichkeit, unterliegen hohen Hürden und werden kaum ernst genommen. Darüber hinaus beobachten wir, wie das Vertrauen in die politisch Verantwortlichen durch Fälle von Machtmissbrauch, Korruption und Vetternwirtschaft immer wieder erschüttert wird. Wir möchten eine neue Vertretung der gesamten Bevölkerung etablieren, die mit greifbaren Veränderungen auf den bestehenden Zustand reagiert. Volt lebt Transparenz und Beteiligung vor, indem wir jeder Person die Möglichkeit bieten, ohne Umschweife Verantwortung zu übernehmen und die Stimme einer grenzübergreifenden Politik zu sein, die nah an den Menschen vor Ort ist.

### **1. Wahlrecht für alle in Österreich lebenden Menschen ab 16 Jahren**

Ein robustes Wahlsystem ist von grundlegender Bedeutung für den Erfolg Österreichs als integrative und lebendige Demokratie, in der sich jeder einbezogen und gestärkt fühlt. Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft das Gefühl haben, dass sie über ein wirksames und unabhängiges Mittel verfügen, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, und dass sie sich ermutigt fühlen, ein aktives Interesse an der Politik und am staatsbürgerlichen Leben zu zeigen, wozu auch die Stimmabgabe und die Kandidatur bei Wahlen gehören.

Österreichs Bevölkerung ist vielfältig und wächst von Jahr zu Jahr. Mit der Zuwanderung, vor allem in Großstädten wie Wien, wächst auch das Demokratiedefizit aufgrund des eingeschränkten Wahlrechts nur für österreichische Staatsbürgerinnen. Allein in Wien ist die Zahl der Wahlberechtigten bei den Europawahlen 2024 gesunken, obwohl die Bevölkerung im Vergleich zu

2019 um 6 % gewachsen ist<sup>1</sup>. Um demokratische Grundprinzipien und keine politische Apartheid aufrechtzuerhalten, brauchen wir eine nachhaltige Lösung, um allen Bürgerinnen das Grundrecht auf politische Teilhabe zu ermöglichen. In einigen Ländern wie Neuseeland und Schottland (nach dem Brexit) ist dies bereits gelungen.

Volt setzt sich für ein inklusives und gerechtes Wahlrecht ein, das allen Menschen, die in Österreich leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, eine politische Stimme gibt. Wir fordern die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren für alle Personen mit Wohnsitz in Österreich. Dieses Recht soll auf nationaler, kommunaler und europäischer Ebene gelten und somit die demokratische Teilhabe aller in Österreich lebenden Menschen fördern. Durch diese Maßnahme wollen wir die Integration und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft stärken, die Vielfalt und die Rechte aller Einwohner respektieren und ein zukunftsorientiertes, gerechtes politisches System schaffen.

Die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts für alle Bürgerinnen gemäß dem Grundsatz "Keine Besteuerung ohne Vertretung" (engl. No taxation without representation) stellt einen fortschrittlichen Schritt dar, der die Bürgerinnen in die Lage versetzt, über die Verwendung ihrer Steuergelder zu entscheiden und Einfluss darauf zu nehmen, wer diese Mittel verwaltet und wie sie eingesetzt werden. Es unfair und undemokratisch, Steuern zu erheben, ohne den betroffenen Bürger\*innen eine Stimme in der Regierung zu geben, die diese Steuern verhängt und über deren Verwendung entscheidet. Bürgerinnen sollten die Möglichkeit haben, diejenigen, die sie besteuern und regieren, zur Rechenschaft zu ziehen. Ohne Vertretung gibt es keine direkte Möglichkeit für die Bürgerinnen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen oder Missstände zu korrigieren. Die Geschichte hat gezeigt, dass Regierungen, die Steuern erheben können, ohne den Steuerzahlern Rechenschaft ablegen zu müssen, oft dazu neigen, diese Macht zu missbrauchen. Die Vertretung in politischen Institutionen sollte daher dazu dienen, die Bürger\*innen vor willkürlichen und ungerechten Steuerpraktiken zu schützen.

Jede und jeder in Österreich sollte mitbestimmen können, wie Österreich regiert wird, und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts hat den gemeinsamen Nenner, dass alle, die ein Interesse an der Verbesserung der Demokratie haben, dazu befähigt werden sollen.

---

<sup>1</sup> Stadt Wien und Statistik Austria

## 2. Erleichterung des Zugangs für neue politische Organisationen und digitale Barrierefreiheit

Volt setzt sich dafür ein, die Zugangsvoraussetzungen für neue politische Organisationen in Österreich zu vereinfachen und zu modernisieren. Wir fordern, dass digitale Möglichkeiten konsequent genutzt werden, um die Unterstützung neuer politischer Gruppierungen zu erleichtern und Barrierefreiheit zu gewährleisten. Insbesondere im Hinblick auf die Europawahlen sollen die Anforderungen für das aktive und passive Wahlrecht an europäische Standards angepasst und vereinfacht werden. Durch diese Reformen möchten wir die politische Vielfalt fördern, die demokratische Teilhabe erweitern und sicherstellen, dass innovative politische Ideen und Bewegungen eine faire Chance erhalten, sich in der politischen Landschaft Österreichs zu etablieren. Außerdem fordern wir mehr Vielfalt und mehr Wahlfreiheit durch eine Absenkung der 4 %-Hürde auf 3 % sowie die Einführung der Ersatzstimme: Erhält die befürwortete Partei nicht genügend Stimmen, bekommt die zweite persönliche Vorliebe das Votum. Mit ausgleichenden Vorschlägen wie diesem machen wir die Demokratie in ganz Europa fit für ein neues Verständnis von Politik.

## 3. Bürger\*innenräte als Demokratieverstärker

Die Unzufriedenheit mit dem politischen System sowie die gefühlte und tatsächliche gesellschaftliche Ungleichheit tragen zum Erfolg extremistischer Parteien und Protestbewegungen bei. Eine fortschreitende gesellschaftliche Polarisierung ist die Folge. Bürger\*innen gelangen vermehrt in abgekoppelte kommunikative Echokammern und bauen unterschiedliche Realitätswahrnehmungen auf: Es wird übereinander, aber nicht miteinander gesprochen. Die Wahlen der repräsentativen Demokratie sollen mit weiteren Beteiligungsformen für Bürger\*innen ergänzt werden. Ein zusätzlicher politischer Austausch im Rahmen rechtsstaatlicher Gleichheit würde die demokratische Sozialisation der Bürger\*innen verstärken. Dies ermöglicht eine Erneuerung von Stabilität und Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Repräsentationslücken werden geschlossen, um populistischen Demagog\*innen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Insgesamt wird die Verbundenheit zwischen dem politischen System und den Bürger\*innen gestärkt. Für die Umsetzung schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Volt setzt sich österreichweit für eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch die **Einrichtung von Bürger\*innenräten zu konkreten Fragestellungen** ein. Diese werden per zufälligem Losverfahren zusammengestellt.

- Eine **professionelle Diskussionsleitung** und verständlich aufbereitete sowie ausgewogene Informationen durch Experten\*innen stellen sicher, dass auch komplexe Sachverhalte bearbeitet werden können.

## III. Sozialpolitik

### Vision

Auch wenn Volt langfristig das Ziel eines gesamteuropäischen Sozialsystems verfolgt, ist es uns ein Anliegen, unsere sozialen Forderungen dort, wo wir können, bis dahin auch auf nationaler Ebene umzusetzen. Unser Ziel ist es, ein soziales Netz zu schaffen, das niemanden zurücklässt und allen Bürger\*innen die gleichen Chancen bietet.

Unsere Herangehensweise basiert auf der Überzeugung, dass jede\*r Arbeitnehmer\*in von ihrem\*seinem Einkommen gut leben können sollte. Deshalb setzen wir uns für faire Löhne und die Abschaffung von Lohnungleichheiten ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Chancen auf Bildung und persönliche Entwicklung haben. Durch gezielte Förderungen und Unterstützungssysteme schaffen wir die Grundlage dafür, dass die individuellen Talente jedes Einzelnen entfalten können. Zudem erleichtern wir dadurch soziale Mobilität.

Ein zentrales Element unserer Vision ist daher die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Das BGE soll allen Bürger\*innen ein würdiges Leben ermöglichen und die Basis für soziale Sicherheit und Chancengleichheit schaffen. Wir setzen auf eine gerechte Verteilung von Ressourcen und erachten die Einführung einer **Erbschaftssteuer** und einer **Vermögenssteuer für Superreiche** als wichtige Maßnahmen, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Die zusätzlichen Mittel sollen gezielt für die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen eingesetzt werden, um gleiche Chancen für jede und jeden zu schaffen und ein lebenswertes Leben für alle zu ermöglichen.

Für uns stellt Wohnen ein Grundrecht dar, das für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein muss. Wir setzen uns dafür ein, dass angemessener Wohnraum zur Verfügung steht und Mietpreise fair reguliert werden, um Obdachlosigkeit vorzubeugen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Unsere Vision umfasst zudem ein stabiles und zukunftssicheres Rentensystem, das auf einer breiten und integrativen Erwerbsbevölkerung basiert.

## 1. Faire Löhne für eine gerechte Gesellschaft

Unsere Devise lautet hierbei: Die Bezahlung muss so gestaltet sein, dass die Arbeitenden davon gut leben können. Um das zu gewährleisten, setzen wir uns für die Einführung eines gesetzlichen **Mindestlohns von 13€ pro Stunde** ein, der für alle Branchen gilt. Ein fairer Lohn ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Voraussetzung für soziale Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt. Darüber hinaus engagieren wir uns für die vollständige **Abschaffung des Gender-Pay-Gaps**, der nach wie vor besteht. Frauen verdienen oft weniger als Männer für die gleiche Arbeit, und das muss sich ändern. Wir setzen uns für gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht, ein.

## 2. Ein Zukunftskonto für alle jungen Menschen

Junge Menschen sind unsere Zukunft und sie sollen jede Möglichkeit haben, ihr volles Entwicklungspotential entfalten zu können. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Jugend- und Studierendenbeihilfe mit einem **Zukunftskonto für jeden jungen Menschen** unabhängig von seiner sozialen Herkunft verknüpft wird. Dieses Zukunftskonto soll die Entwicklung der individuellen Talente und die Verbesserung des Bildungsstandes fördern, um **finanzielle Hürden** aus dem Weg zu schaffen, die Menschen sonst davon abhalten würden, sich in die gewünschte Richtung realisieren zu können. Diese Starthilfe soll nach dem Vermögensstand der Familien gestaffelt werden, damit die Unterstützung gezielt dort ankommt, wo sie am meisten benötigt wird. Zusätzlich möchten wir Beratungsstellen für Jugendliche ausbauen, um sie bei der Entfaltung ihrer persönlichen Interessen, Talente und Ziele zu fördern. Auch einkommensschwachen Menschen wollen wir durch ähnliche Förderprogramme den Zugang zu Bildung ermöglichen.

## 3. Stärkere Unterstützung für Menschen in Notlagen

Gleichzeitig wollen wir Menschen in finanziellen Notlagen unterstützen. Ein zentrales Anliegen ist die **Verkürzung der Wartezeiten auf Hilfeleistungen**, damit Betroffene schneller und unkomplizierter Unterstützung erhalten. Zudem fordern wir ein **bedingungsloses, unbürokratisches Grundeinkommen (BGE)** von 1.200 € netto für alle Alleinwohnende und Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren, 2.000 € netto für eine Zweier-WG und für jede weitere Person in einer WG 500 € zusätzlich zur Haushaltskasse, wobei das Verhältnis zueinander keine Rolle spielt. Das Grundeinkommen soll durch eine Kombination aus einer **KI-Steuer** und einer **Vermögensabgabe für Superreiche** finanziert werden. Die Einführung einer solchen Steuerstruktur ist notwendig, um die soziale Ungleichheit zu verringern und sicherzustellen, dass diejenigen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, finanziell abgesichert sind.

Angesichts der fortschreitenden Automatisierung und der zunehmenden Nutzung von Künstlicher Intelligenz besteht die Gefahr, dass viele Arbeitsplätze verloren gehen. Um die negativen Folgen dieses Arbeitsplatzverlustes abzumildern und eine gerechte Verteilung des Wohlstands zu gewährleisten, ist es unerlässlich, dass Vermögen von den Superreichen umverteilt wird. Dadurch können die Menschen, die am stärksten von diesen Veränderungen betroffen sind, unterstützt werden und es wird gleichzeitig ein Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft geleistet

Zusätzlich wollen wir die aktuelle Schulbeihilfe für Jugendliche von 14 bis 18 Jahren ergänzend zur Familienbeihilfe unter dem Namen "**Jugendbeihilfe**" auch auf Besucher\*innen anderer Bildungsinstitutionen ausweiten. Ab dem 18. Lebensjahr soll die Studienbeihilfe als "**Bildungsbeihilfe**" auch nicht mehr nur Studierende unterstützen, sondern alle, die sich in irgendeiner Form weiterbilden. Diese Bildungsbeihilfe soll mit der Einführung des Grundeinkommens abgeschafft werden.

Unsere Gesamtvision ist die Einführung eines **europaweiten Grundeinkommens**, das den Menschen - angepasst an die regionale Kaufkraft - hilft, ihre Lebenshaltungskosten zu decken.

## 4. Bezahlbares Wohnen als Grundrecht

Wichtig ist uns auch, dass **Wohnen wieder bezahlbar** wird. Volt erkennt den Anspruch auf menschenwürdiges Wohnen als ein **Grundrecht** an und fordert deshalb, das Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen im Grundgesetz zu verankern. Wohnen darf kein Luxus sein, sondern muss für alle Menschen zugänglich und leistbar sein. Um Obdachlosigkeit vorzubeugen, setzt Volt auf den Ausbau von **Gemeindewohnungen** und die Subventionierung des **nicht-profitorientierten Wohnungssektors**. Darüber hinaus unterstützen wir die **Mietpreisbremse** und wollen diese auch auf freie Verträge und das private Segment **ausweiten**, da die Regelungen dort bisher nicht ausreichend greifen.

Zudem wollen wir **rückwirkende Mietsenkungen** prüfen lassen, um den bereits in den Jahren 2022 und 2023 überproportional gestiegenen Mieten entgegenzuwirken. Die aktuell vorgesehene 5%-Grenze für Preissteigerungen der Mietpreisbremse liegt nämlich höchstwahrscheinlich über dem Inflationsniveau der nächsten Jahre, doch die hohen Mieten sind bereits Realität.

## 5. Ein stabiles und zukunftssicheres Rentensystem

Außerdem wollen wir das Pensionssystem aufrechterhalten und stärken. Trotz etwaiger Schlagzeilen steht nämlich eines fest: Das österreichische Pensionssystem ist seit Jahrzehnten stabil - mit staatlichen Zuschüssen, die seit 1990 konstant etwa 14% des BIP ausmachen und das laut Berechnungen der EU-Kommission auch bis 2060 tun werden [4, S. 356] [5]. Trotz alledem ist das Pensionssystem auf den Schultern der aktuellen **Erwerbsbevölkerung** aufgebaut. Daher erkennt Volt eine möglichst hohe Zahl an Erwerbstätigen als unverzichtbar für die **ökonomische Nachhaltigkeit** dieses Systems an. Eine schnelle **Integration in den Arbeitsmarkt** von Migrant\*innen ist hier ein entscheidender Schritt, um auch in den nächsten Jahren die Erwerbsbevölkerung zu stärken und das Pensionssystem zukunftssicher zu gestalten. Volt setzt sich dafür ein, das Rentensystem durch eine **nachhaltige Beschäftigungspolitik** und die Förderung der Arbeitsmarktintegration zu sichern, damit es auch langfristig finanzierbar bleibt und soziale Gerechtigkeit fördert.

## 6. Einführung einer Erbschaftssteuer

Volt fordert eine **Erbschaftssteuer** auf **liquides Vermögen** sowie auf **Wertpapiere**, um die soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Dabei braucht es einen gesetzlichen Rahmen, damit die dazugewonnenen Steuergelder effektiv für **sozial Benachteiligte** sowie für **Bildung** eingesetzt werden. Durch die Förderung von Bildung durch ein Zukunftskonto sowie einem bedingungslosen Grundeinkommen lassen sich **gleiche Chancen für alle** schaffen, damit sich jeder Mensch ein lebenswertes Leben aufbauen kann.

## 7. Steuer für Superreiche

Superreiche haben eine besondere **Verantwortung** für die Allgemeinbevölkerung, denn ohne eine funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft, wäre kein Reichtum möglich. Superreiche sind jene Personen oder Haushalte, die aufgrund ihres extrem hohen Vermögens eine Sonderstellung in der **Vermögenshierarchie** einnehmen. Ihr Reichtum ist oft so groß, dass sie **signifikanten Einfluss auf die Wirtschaft und die Gesellschaft** haben, insbesondere durch ihre Investitionen, Konsumgewohnheiten und politischen Einflussmöglichkeiten.

Daher fordern wir eine **Vermögenssteuer oder -abgabe für Superreiche**, die das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) mitfinanzieren soll, um eine **gerechte Umverteilung von Wohlstand** zu gewährleisten.

Diese Maßnahme soll durch umfassende Analysen und Wirkungsstudien überprüft werden, um ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft zu verstehen. Dabei soll insbesondere die soziale Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Bevölkerung gemessen werden.

## IV. Gesundheit

### Vision

Einem innovativen, zukunftsweisenden Gesundheitswesens stehen aktuell systemische Mängel entgegen. Diese werden durch Volts Visionen beseitigt. Eines seiner Hauptprobleme liegt im Zielkonflikt zwischen ökonomischen Interessen und den Bedürfnissen der Patient\*innen und Mitarbeiter\*innen. Das hat in den letzten Jahren zu parallelen Strukturen und Finanzierungsmodellen in den verschiedenen krankheits-, versorgungs- und angebotsorientierten Sektoren des Gesundheitswesens geführt. Unser Gesundheitssystem sollte evidenzbasiert und wirtschaftlich die Gesundheit der Menschen fördern. Eine Gewinnabschöpfung durch Unternehmen führt zum Anreiz der Gewinnmaximierung und wirkt sich negativ auf die Patient\*innenversorgung aus. Volt setzt sich für ein Gesundheitssystem, dass evidenzbasiert die Patient\*innenversorgung fokussiert und die Gewinnerwirtschaftung zurückstellt. Gesundheitseinrichtungen sollten zugleich aber wirtschaftlich bzw. kostendeckend arbeiten. Auch medizinethische Aspekte sind stets mit zu berücksichtigen, wie z. B. bei Behandlungsnotwendigkeit. Eine Gewinnmaximierung durch Gesundheitsdienstleistungen lehnen wir ab. Ein innovatives, zukunftsweisendes Gesundheitswesen darf nicht nur danach fragen, wie man Krankheiten effektiv behandelt und Patient\*innen effizient versorgt. Daher setzt sich Volt für eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems ein, die Gesundheit als Ganzes in den Blick nimmt – wie sie im Sinne der sog. Salutogenese entsteht und in allen Lebenssituationen und Lebensphasen erhalten und gefördert werden kann. Gesundheitsreformen müssen bei allen Menschen ankommen und einen barrierefreien Zugang zu einem effizienten, digital ausgebauten Gesundheitssystem gewährleisten, das sich am Einzelnen orientiert. Das heißt vor allem, dass die Gesundheitsfachberufe neu geordnet und Arbeitsbedingungen sowie der Nutzen und die Nutzbarkeit gesundheitlicher Dienstleistungen für die Bürger\*innen verbessert werden müssen.

Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist Teil der Daseinsvorsorge. Daher hat der Staat geeignete organisatorische Strukturen zu schaffen, um dieses sicherzustellen.

Volt unterstützt die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Sieht aber eklatante Mängel in der Mitbestimmung einzelner Akteur\*innen. Um unser Gesundheitssystem zukunftsfest zu machen, sehen wir auch dringenden Bedarf in einer Reform der Finanzierung hin zu einem ganzheitlichen System mit Aufhebung der Sektorengrenzen sowie eine Reform des Krankenversicherungssystems.

## 1. Interprofessionelle Kooperation

Im Gesundheitswesen mangelt es bisher sehr an nachhaltigen Kooperationsmodellen. Der Patientennutzen bzw. die Effizienz der Versorgung ließen sich dadurch aber deutlich verbessern. Dazu müssen nicht nur die verschiedenen ärztlichen Fachrichtungen einen besseren Austausch pflegen, sondern auch die anderen Gesundheitsfachberufe müssen ihre Expertise transdisziplinär auf Augenhöhe mit den Ärzt\*innen unmittelbar einbringen können. Die Einbeziehung von Patient\*innen muss ebenfalls erfolgen. Dafür sind mittelfristig geeignete Strukturen zu entwickeln. Andererseits müssen im Gesundheitswesen übermäßige bürokratische Strukturen abgebaut werden, um notwendige Ressourcen freizugeben.

## 2. Pflegefachpersonal

Durch die steigende Arbeitsbelastung und zunehmende Bürokratisierung, bleibt weniger Zeit für Patient\*innen und zur Erholung vom Beruf, physisch wie psychisch. Volt schlägt zur Verbesserung dieser Situation daher folgende Maßnahmen vor: Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Es braucht eine Entlohnung während der Ausbildung, die für ein lebenswertes Leben reicht. Aus unbezahlten Praktika während der Ausbildung, wo in der Realität aktuell bereits ohne Gehalt richtig gearbeitet wird, sollen bezahlte Praktika werden.

Volt spricht sich ausdrücklich für die Stärkung von Pflegefachkräften und gegen den Trend der Beschäftigung von ungelerten Kräften in diesem sensiblen Bereich aus. Eine gute Pflege im Sinne der Patient\*innen mit Beratung und Prävention ist nur von Pflegefachpersonen leistbar.

In diesem Sinne streben wir auch eine höhere Akademisierungsquote der Pflegefachkräfte an. Uns ist wichtig, dass diese Pflegefachkräfte am Ende in der direkten Patient\*innenversorgung arbeiten und nicht an Verwaltungsstellen verschwendet werden.

## 3. Legalisierung von Cannabis

Volt möchte nach deutschem Vorbild Cannabis legalisieren, um den Schwarzmarkt auszutrocknen. Durch staatlich kontrollierte Ausgabestellen lässt sich die Qualität sichern und Auswirkungen auf die Gesellschaft messen. Wir fordern zudem eine Cannabissteuer von 5 % zusätzlich zur Mehrwertsteuer, die in staatliche Projekte zur Aufklärung von Drogenkonsum an Schulen sowie in Suchtberatungszentren fließen soll.

## **4. Eine Alkoholsteuer für die Stärkung des Gesundheitssystems**

Alkohol gehört zu den gefährlichsten Drogen der Welt. Unzählige Menschen sterben jedes Jahr in Österreich an Folgen von hohem Alkoholkonsum, während gleichzeitig nach Festivals die Belastung für Krankenhäuser rapide steigt. Durch die Kostenzunahme für die Behandlung fehlt es an finanziellen Ressourcen. Um diese Probleme präventiv anzugehen, fordern wir eine solidarische Alkoholsteuer von 5 % zusätzlich zur Mehrwertsteuer, welche die steigenden Belastungen des Gesundheits- und Sozialsystems refinanzieren soll.

# **IV. Innovatives Österreich**

## **Vision**

Wir bei Volt denken stets über den Tellerrand unserer Landesgrenzen hinaus. Digitalisierung und KI sind dabei für uns globale gesellschaftliche Themen [1, S.7], die gleichzeitig auf lokaler Ebene auch kleineren Staaten wie Österreich die Chance bieten, gemeinsam mit Europa globale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Für die Verwaltung, die Unternehmen und alle Bürger\*innen eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten, die Nachhaltigkeit zu steigern, Kosten zu senken und die eigene Lebensqualität zu verbessern. Die Umsetzung und der Erfolg hängen jedoch stark von der verfügbaren Infrastruktur, den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Akzeptanz neuer Technologien ab. [1, S. 11]

### **1. Data to the People!**

Die Nutzung von E-Mail, Social Media und Streaming-Diensten ist für die meisten Menschen fester Bestandteil des Alltags. Die Nutzung dieser Dienste erfolgt in der Regel nicht durch die Zahlung von Geld, sondern durch die Bereitstellung von Daten. Wir fordern nicht nur einen verantwortungsvollen Umgang mit personenbezogenen und Nutzungsdaten, sondern auch mehr Mitspracherecht beim Umgang mit diesen Daten.

- Im Umgang mit großen Plattformen fordern wir Interoperabilität und eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Wir setzen uns auch für die Trennung von Algorithmus und Daten ein, um der extremen Monopolbildung entgegenzuwirken.
- Wir fordern dezentrale digitale Identitäten statt "Stammdaten" (Distributed Identity). Die persönlichen Daten gehören den Bürger\*innen, weshalb wir die Einführung einer digitalen EU-Identitätsbörse (Wallet) mit dezentraler Datenspeicherung und robustem Datenschutz fordern. Diese Wallet kann

für verschiedene Online-Dienste verwendet werden, von Verwaltungsleistungen über Bankgeschäfte bis hin zu Vertragsabschlüssen. Diese Wallet sollte nicht bei einem kommerziellen Unternehmen oder einer Behörde gespeichert werden müssen. [1, S. 46]

- Die öffentliche Verwaltung sollte verpflichtet sein, den Einsatz von elektronischen Signatur- und Identitätslösungen für Bürger\*innen zu ermöglichen. Unser Ziel ist die sichere Authentifizierung, ein vereinfachter Zugang zu Verwaltungsdiensten und effektiver Schutz vor Identitätsdiebstahl. Dabei sollen allerdings analoge Alternativen ebenfalls verfügbar bleiben.
- Volt liebt Open Data! Wir setzen uns für einen Open-Data-Ansatz für alle öffentlich erzeugten Daten ein, etwa Vermessungsdaten, Studien, Normen und statistische Informationen. [3, S. 67]

## 2. Digitale Verwaltung statt Behördengang

Wir sehen die öffentlichen Verwaltungen in Europa und den Mitgliedsstaaten vor allem als Dienstleister. Digitalisierung in diesem Bereich soll daher nicht nur die Effizienz steigern, sondern explizit auch die Qualität der Leistungen für uns Bürger\*innen.

Auf dem Weg zu mehr Effizienz, reduzierter Bürokratie und geringeren Kosten der Verwaltung fordern wir bessere Bürgerdienste. Dies beinhaltet für uns von Volt Österreich:

- **e-Government wie in Estland!** Unser Ziel ist, dass nahezu alle Verwaltungs- und rechtlichen Angelegenheiten online erledigt werden können. Wir möchten eine ausgeprägte Innovationskultur schaffen, die kontinuierlich neue digitale Lösungen fördert. [2], [3, S. 56]
- Dies schließt auch digitale Gesundheitsdienste mit ein, denn auch in diesem Bereich wollen wir durch eine bessere Ressourcennutzung höhere Nachhaltigkeit erreichen. Wir erkennen die Wichtigkeit des Datenschutzes besonders in diesem Bereich voll an - sind jedoch überzeugt, dass dies mit digitalen Daten leichter erreichbar ist als mit Tonnen von bedrucktem Papier. [3, S. 89f.]
- Diese Forderung nach e-Government inkludiert auch e-Residency, ein einzigartiges Programm, das es Nicht-Staatsbürger\*innen ermöglicht, eine digitale Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, um e-Services zu nutzen. So stärken wir den Standort Österreich, auch da von überall in der Welt ein Unternehmen in Österreich gegründet und betrieben werden kann.
- Die Blockchain-Technologie wird verwendet, um die Integrität und Sicherheit von Daten und elektronischen Verträgen zu gewährleisten.
- Volt tritt ein für die **Weiterentwicklung und Umsetzung der elektronischen Stimmabgabe**, sobald alle Sicherheitsbedenken erfolgreich ausgeräumt sind. Wir wollen weitere Forschung zum Thema e-Voting und

e-Democracy fördern mit dem Ziel, allen europäischen Bürgern eine sichere, anonyme, überprüfbare und zugängliche elektronische Stimmabgabe zu ermöglichen. Die Einführung dieser Technologie könnte zu einer höheren Wahlbeteiligung, größeren Zufriedenheit bei den Wähler\*innen und einer Stärkung der demokratischen Mitbestimmung führen.

- Bevorzugung von Open-Source-Lösungen bei der Auswahl von Softwareprodukten für öffentliche Dienste. Durch die Offenlegung von Quellcode steigt die Qualität des Produkts, die Wahrscheinlichkeit von Backdoors oder Softwarefehlern sinkt. Für uns ist sichere und resiliente Software, deren Algorithmen wir einsehen können, eine Grundbedingung für ein innovatives Österreich. [1, S. 104]

### **3. Digitale Transformation der Wirtschaft für mehr Nachhaltigkeit**

Für uns ist KI nicht nur ein Buzzword, sondern längst Realität - und im Alltag angekommen. Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft die Rahmenbedingungen für KI schaffen - von der Infrastruktur über die Ausbildung bis hin zu transparenten Richtlinien zum Schutz der Privatsphäre und gegen Diskriminierung.

Für mehr Wettbewerbsfähigkeit ist es unser Ziel, kritische Abhängigkeiten zu US- oder chinesischen Anbietern zu minimieren und die Innovationskraft Österreichs zu stärken.

Dazu gehört auch:

- Investitionen in Technologien wie IoT (Internet der Dinge), Blockchain (Smart Contracts) und UBL (Universal Business Language), damit österreichische Unternehmen ihre Produktionsprozesse optimieren und mit Lieferanten und Kunden Daten austauschen können. [1, S. 11], [3, S. 88], [3, S. 54], [3, S. 77]
- Weitere Digitalisierung des Energiesystems, um bereit zu sein für eine immer dezentralere Erzeugung von Energie.[1, S. 122]
- Förderung von Kartenzahlungsmöglichkeiten auch im ländlichen Raum.

## V. Migration & Asylpolitik

### Vision

Volt möchte Migration **europäisch denken**. Wir sind der festen Überzeugung, dass Migration ein europäisches Thema ist, das nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Mitgliedstaaten effektiv und human bewältigt werden kann. Wir setzen uns für die Einrichtung sicherer und geregelter Fluchtrouten ein, um Menschenleben zu schützen und denjenigen, die Schutz suchen, legale Wege nach Europa zu bieten. Dies beinhaltet vereinfachte Visumverfahren und die Bereitstellung humanitärer Visa.

Ein zentrales Element sind humane, schnelle und **faire Asylverfahren**. Asylbewerber\*innen sollen in offenen Registrierungscentren registriert und zügig über das Verfahren informiert werden. Effiziente Erstdokumentation, Sicherheitschecks und medizinische Kontrollen sind notwendig, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden und den Schutz besonders gefährdeter Personen zu gewährleisten. Eine einheitliche Datenbank und ein System zur schnellen Überstellung in die endgültigen Mitgliedstaaten sind essenziell.

Wir verpflichten alle Mitgliedstaaten zu einem **gemeinsamen europäischen Asylsystem**, das Solidarität und geteilte Verantwortung fördert. Die Abschaffung des Prinzips der Ersteinreise und die Verteilung von Asylbewerber\*innen nach einem verbindlichen Schlüssel sind dabei entscheidend. Dies stellt sicher, dass alle Staaten ihren fairen Anteil an der Aufnahme von Geflüchteten leisten.

Unsere Vision umfasst auch die **Integration und Befähigung von Geflüchteten** und Asylbewerber\*innen. Wir setzen uns für gleiche Rechte und Wege zur Staatsbürgerschaft ein und fördern lokale Integrationsfonds, die die Bedürfnisse von Städten und Gemeinden unterstützen. Die **politische Beteiligung** von Migrant\*innen soll verbessert werden, um deren Stimmen in den Entscheidungsprozessen zu stärken. Durch internationale **Entwicklungszusammenarbeit** und die gezielte Anwerbung internationaler Fachkräfte wollen wir Europas wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit stärken, während wir gleichzeitig eine faire und humane Migrationspolitik verfolgen.

## 1. Sichere und geregelte Fluchtrouten

Wir setzen uns für die Einrichtung **regulärer Wege** in die EU ein, um Menschenleben im Mittelmeer und Atlantik zu schützen. Dies soll durch **vereinfachte Visumverfahren** und humanitäre Visa sowie eine faire Verteilung der Geflüchteten erreicht werden. Humanitäre Korridore schaffen sichere und legale Wege für gefährdete Menschen. Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, internationalen Organisationen und NGOs ist entscheidend, um gefährdete Personen zu identifizieren und aufzunehmen.

## 2. Humane, schnelle und faire Asylverfahren

Asylbewerber\*innen sollen bei ihrer Ankunft in offenen **Registrierungszentren** an den EU-Grenzen registriert und schnell über das Verfahren informiert werden. Eine effiziente Erstdokumentation, Sicherheitschecks und medizinische Kontrollen sind notwendig. Verfahren sollen vereinfacht werden, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden und den Schutz von besonders gefährdeten Personen zu gewährleisten. Eine **einheitliche Datenbank** und ein System zur schnellen Überstellung der Asylbewerber\*innen in ihre endgültigen Mitgliedstaaten sind ebenfalls erforderlich.

## 3. Faires Verteilungssystem

Alle Mitgliedstaaten sollen sich zu einem **gemeinsamen europäischen Asylsystem** verpflichten, das Solidarität und **geteilte Verantwortung** fördert. Die Europäische Asylagentur (EUAA) unterstützt in allen Aspekten. Das Prinzip der Ersteinreise wird abgeschafft und Asylbewerber\*innen nach einem **verbindlichen Verteilungsschlüssel** verteilt. Wichtige Indikatoren wie BIP und Bevölkerungsdichte sowie familiäre und andere Bindungen werden berücksichtigt. Ein robustes Sanktionssystem stellt sicher, dass die Maßnahmen eingehalten werden.

## 4. Integration und Befähigung von Geflüchteten und Asylbewerber\*innen

Geflüchtete sollen die gleichen Rechte und Wege zur Staatsbürgerschaft wie andere Drittstaatsangehörige erhalten. Ein lokaler **Integrationsfonds** soll die Bedürfnisse von Städten und Gemeinden unterstützen. Sozialwohnungen und andere gemeindebasierte, dezentrale **Infrastrukturen für gefährdete Gruppen** werden gefördert. Asylbewerber\*innen sollen **vom ersten Tag an** arbeiten dürfen, und Familienzusammenführungen sollen schnellstmöglich erfolgen. Die politische Beteiligung von Migrant\*innen soll verbessert werden.

## 5. Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Niemand soll gezwungen sein, seine Sicherheit aufzugeben. Kurzfristige **humanitäre Hilfe** muss mit langfristigen Entwicklungsstrategien kombiniert werden. Wirtschaftliche Möglichkeiten in gefährdeten Ländern sollen durch Unterstützungspakete und Direktinvestitionen gefördert werden. Partnerschaften mit afrikanischen Ländern im Rahmen der Afrikastrategie und Bildungsprogramme über Migration sollen gestärkt werden. **Menschenrechte** müssen in jedem Migrationspakt mit Drittstaaten geschützt werden.

## 6. Verbesserung von Rückführungen

Rückführungen sind stets nur als **letzte Maßnahme** zu sehen. Sie müssen **menschenrechtskonform** erfolgen, und Abkommen mit autoritären Regimen werden abgelehnt. Die EU-Länder sollen Grundrechte und Verfahrensgarantien bei Rückführungen unterstützen. Der Zugang zu rechtlicher Beratung und Unterstützung sowie integrierte Wiedereingliederungsprogramme im Herkunftsland sind zu gewährleisten. Individuelle Umstände und **Menschenwürde** müssen bei der Wiedereingliederung beachtet werden.

## 7. Anwerbung internationaler Fachkräfte

Es ist vor allem in Hinblick auf die zukünftigen demografischen Entwicklungen notwendig, **internationale Fachkräfte** anzuwerben, allerdings ohne gleichzeitig die Rechte für Nicht-EU-Arbeitnehmer\*innen zu schwächen. Diese **Balance** ist entscheidend, um Arbeitsausbeutung zu verhindern und eine attraktive Umgebung für Staatsangehörige von Drittstaaten auf allen Lohnniveaus zu schaffen. Arbeitnehmer\*innen im Sektor niedriger und mittlerer Einkommen sehen sich oft prekären Bedingungen ausgesetzt. Besonders ohne EU-Status laufen sie Gefahr, **ausgebeutet** zu werden, da ihre Beschäftigung an ganz bestimmte Arbeitgeber\*innen gebunden ist. Im Gegensatz dazu stehen hochqualifizierte Arbeitsmigrant\*innen **bürokratischen Hürden** gegenüber, die ihre Flexibilität innerhalb des europäischen Arbeitsmarkts einschränken und dafür sorgen, dass viele Fachkräfte stattdessen in attraktivere Staaten wie Kanada, die USA und Australien auswandern.

**Ein ausführlicher Überblick über unsere Migrationspolitik findet sich in unserem Moonshot Programm zur Europawahl 2024 (ab Seite 59).**

## VI. Tierschutz

### Vision

Europa und vor allem Österreich sind Vorreiter in Sachen Tierschutz. Begonnen bei der Tierhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben, über den Artenschutz in freier Wildbahn sowie in Tiergärten wie Schönbrunn, bis zur Haltung unserer Haustiere in den eigenen vier Wänden können sich viele andere Länder ein Vorbild an uns nehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen sollten. Um ein gutes Vorbild zu sein, muss man auch mit gutem Beispiel vorangehen und sich stets zu verbessern suchen.

Wir von Volt sehen im Tierschutz einen wichtigen Part zur weltweiten Verringerung von Leid, zum Schutz unserer Biodiversität und natürlich auch zum Schutz des Klimas und der Umwelt. Laut "Faktencheck Klimawandel, Landwirtschaft, Ernährung" vom WIFO Institut beläuft sich der Anteil auf 67% der im Agrarsektor durch den Tierhaltungssektor emittierten Treibhausgase. Weiter kommt, dass weltweit etwa 80% des Sojaanbaus in die Futtermittelproduktion fließen. Ein Umlenken dieser Ressourcen also weg von der Mästung, sondern hin zu einer vermehrt pflanzlichen Ernährung würde also auch der Ernährungssicherheit zu Gute kommen.

Unsere Art, mit Tieren zu leben, sollten wir überdenken. In einer besseren Welt würden Mensch und Tier mehr miteinander leben, als auf den Rücken der Schwächeren, die selbst keine Stimme haben. Wir in Österreich und in Europa haben die Wirtschaftskraft, mit unseren Tierschutzstandards Best Practice Beispiele zu geben, und durch Handelsverträge diese auch von anderen Ländern einzufordern. Folgende Punkte fordern wir, um erste Schritte in diese Richtung zu setzen:

### 1. Faire Tierhaltung

Tiere haben das Anrecht, ihr Leben so leidlos wie möglich zu verbringen. Deswegen fordern wir eine schnellstmögliche **Abschaffung der Vollspaltenböden**, welche für Schweine nicht nur zusätzliche Qualen, sondern auch Krankheiten bedeuten, und somit einen erhöhten Einsatz von Antibiotika, welche somit indirekt auf unseren Tellern landen.

Für Fiaker fordern wir **Hitzefrei ab 28°C**. Jahr für Jahr verweisen unsere Sommer Hitzerekorde aufgrund des Klimawandels, und somit erhöht sich auch Jahr für Jahr das Risiko für Pferde, in dieser Hitze qualvoll zu sterben. Generell wünschen wir uns von Volt einen weiteren Schritt ins 21. Jahrhundert, indem wir die

Notwendigkeit von Pferdegezogenen Fiakern überdenken und auf modernere, elektrische Fortbewegungsmittel für den Tourismus umsteigen.

Tiertransporte verursachen besonders hohen Stress für die Tiere, welche über Umwege oft ins Ausland gelangen, wo geringere Tierschutzstandards herrschen. Auch die frühzeitige Trennung von Muttertieren zu ihren, oft noch von der Muttermilch abhängigen Jungen, verursacht unnötigen psychischen Stress für beide Seiten. **Für Tiertransporte sollen strengere Regeln herrschen und besser kontrolliert werden.** Kein Transport von Jungtieren, die noch gestillt werden, Verhinderung der Ausfuhr von Tieren in Länder mit geringeren Tierschutzstandards und eine Förderung der Hofschlachtung.

Um den Menschen eine transparente und objektive Entscheidung ihres Konsumverhaltens zu ermöglichen, fordern wir außerdem eine klare **Herkunftskennzeichnungspflicht von tierischen Produkten in der Gastronomie.** So können die Konsument\*innen auch außerhalb von Lebensmittelmärkten vor Täuschung geschützt werden und selbst entscheiden, welche Produkte aus welcher Haltung sie zu sich nehmen.

## 2. Wolfsmanagement

Der Eurasische Wolf galt in großen Teilen Europas als ausgestorben. Seit mehreren Jahren erholt sich aufgrund des EU-Schutzstatus die Population wieder. Mit jedem neuen Wolfsrudel steigt auch die Konfrontationswahrscheinlichkeit mit dem Menschen und seiner Landwirtschaft. Der Abschuss von Wölfen sowie die erneute Ausrottung werden von Populisten häufig ins Spiel gebracht, weil es günstige und grausame Methoden sind.

**Wir brauchen einen nachhaltigen Herdenschutz,** um diese Herausforderungen **konstruktiv, konsequent und ethisch** zu meistern. Ein **Wolfsmanagementsystem** mit Ortungschips kann Rudelbewegungen tracken. Mit einem Ausbau den von der EU subventionierten **Herdenschutzmaßnahmen** können wir Schafherden schützen. Eine kontrollierte Almbewirtschaftung, wonach Schafe und andere Nutz- und Weidetiere nicht so weit hochgetrieben werden, wo sie von selbst abstürzen, kann sich zusätzlich positiv auswirken.

## 3. Fischotter

Fischotter werden als die Feinde der heimischen Fischerei gesehen. Eine Ausrottung wäre aus ethischen und artenschutztechnischen Gründen aber destruktiv. Der sinkende Fischbestand in den Flüssen hat mehrere Gründe, die nicht nur auf Otter zurückzuführen sind: Überfischung, Wasserverschmutzung durch die Landwirtschaft und Schifffahrt sind Faktoren, die evaluiert gehören. Für eine nachhaltige Wasserwirtschaft und für ein funktionierendes Ökosystem braucht es Lösungen statt Ideologien. Spezialzäune können Teiche vor Otter schützen. Ein stärkerer Wasserschutz mit etwaigen Umsiedlungen von hohen

Otterpopulationen in Niedrigpopulationsgebieten kann die Ungleichheit harmonisieren und Fischbestände in einzelnen Gewässern erholen lassen.

#### 4. Förderung Pflanzlicher Ernährung

Flexitarische, vegetarische und vegane Ernährungsformen und Lebensstile nehmen immer mehr Einzug in die Gesellschaft. In Österreich bekennen sich immerhin etwa 5% der Bevölkerung als Veganer\*innen, also zu einem Lebensstil, welcher auf tierische Produkte in sämtlichen Bereichen so gut es möglich ist, zu verzichten, um so das Tierleid zu verringern. Dies hat positive Auswirkungen auf die Tiere, die Umwelt, das Klima und die Gesundheit.

Wir von Volt sehen deswegen darin einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas und zur Verbesserung unserer Lebensstandards diese Schritte zu fördern. Wir fordern nationale **Informationskampagnen zu pflanzenbasierten Ernährungsformen** nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dadurch sollen Schulen, Gastronomiebetriebe und Kantinen im öffentlichen Raum erreichen.

**In allen öffentlichen Einrichtungen soll zudem ein alternatives, veganes Angebot zur Verfügung gestellt werden.** Dadurch wird nicht nur eine pflanzenbasierte Ernährung attraktiver gemacht, sondern es wird auch sichergestellt, dass niemand in seiner Weltanschauung ausgeschlossen wird, wie es Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vorschreibt. Vor allem in Institutionen unter staatlicher Verantwortung ist dies notwendig, wo es keine Alternativen zur Verpflegung gibt, wie beim Grundwehrdienst im österreichischen Bundesheer.

Um finanziell faire Bedingungen zu schaffen, fordern wir außerdem eine **Gleichstellung der Mehrwertsteuer auf pflanzliche Milchalternativen** zu herkömmlicher Kuhmilch. Außerdem sollen Bezeichnungen wie "Hafermilch" oder "Vegane Wurst" weiterhin erlaubt sein, um die Kaufentscheidungen wieder zu vereinfachen und pflanzlichen Optionen keinen Nachteil durch verwirrende Bezeichnungen zu verschaffen.

## VII. Energie und Klimaschutz

### Vision

Die Energiepreise sind stark gestiegen und Naturkatastrophen durch Klimawandel und Flächenversiegelung werden immer häufiger. Die Politik hat beim Schutz der Bevölkerung versagt: Der Ausbau erneuerbarer Energien wird durch strenge Bauvorschriften behindert, und der Bau von Stromtrassen für ein sicheres europäisches Stromnetz wurde verzögert. Nutztiere leiden unter schlechten Lebensbedingungen. Frankreich hat die Solarpflicht für Großparkplätze eingeführt, um versiegelte Flächen für klimaneutrale Energie zu nutzen. Belgien und die Niederlande setzen auf genossenschaftliche Energieprojekte und vertikale Gewächshäuser. Österreich muss den Bau von Strom-Infrastruktur beschleunigen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren, einschließlich der Einrichtung von Energiespeichern. Volt will Planungssicherheit für umweltschützende Investitionen schaffen, um eine Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität bis 2040 und einen klimaneutralen Energiesektor bis 2035 zu erreichen. Um dem Klimawandel erfolgreich entgegenzutreten zu können, sind zeitnahe, bestimmte und sicherlich auch harte Maßnahmen erforderlich. Diese dürfen aber ohnehin schon sozial benachteiligte Menschen nicht noch stärker benachteiligen.

### 1. Energieversorgung

Volt will den Ausbau der Windkraft in Österreich stark vorantreiben. Um die Klimaziele zu erreichen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren, muss das Ausbautempo bei Windkraft enorm beschleunigt werden.

Volt unterstützt den Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur in Österreich. Wir befürworten Bestrebungen, Überschüsse aus erneuerbaren Energien chemisch in Wasserstoff zu speichern. Dies darf jedoch nicht als Begründung dienen, den Ausbau erneuerbarer Energien zu bremsen. Wasserstoff wird für Industrie und Logistik eine große Rolle spielen, daher ist der Ausbau der Infrastruktur notwendig. Trotz intensiver Bemühungen werden wir auch in Zukunft auf Importe von klimaneutral erzeugtem Wasserstoff angewiesen sein. Elektrolyseure bieten eine gute Möglichkeit zur Langzeitspeicherung großer Überschüsse aus erneuerbaren Energien.

Quartier-Speicherlösungen für Strom sollen in Österreich zum Standard werden. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Speicher im mittleren Maßstab schaffen und geeignete Technologien fördern. In Neubau- und Industriegebieten sollen entsprechende Speicherlösungen immer vorgesehen sein. Energiespeicher helfen, erneuerbare Energien auch nachts nutzbar zu machen und die nötige

Grundlast zu reduzieren. Speicher im Quartiersmaßstab sind eine sinnvolle Ergänzung und lassen sich gut in sogenannte „Smart Grids“ integrieren genauso wie die Akkus gerade nicht genutzter E-Autos.

Volt möchte Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und verbindliche Energie-Entwicklungspläne auf lokaler Ebene fordern. In Zusammenarbeit mit Land und Kommunen soll eine Strategie erarbeitet werden, um die Energieversorgung im Einklang mit den Pariser Klimazielen sicherzustellen. Lokale Entwicklungspläne sollen alle relevanten Sektoren abbilden, Handlungsfelder aufzeigen und Gelder aus einem Landesfonds verfügbar machen. Mit lokalen Entwicklungsplänen lassen sich die Klimaziele auf das unmittelbare Lebensumfeld herunterbrechen. Solange Klimaschutz nicht zur Pflichtaufgabe wird, hat er gegenüber anderen Bereichen oft zu niedrige Priorität und wird nicht ausreichend unterstützt.

Die Stellschrauben der Politik sollen so eingestellt werden, dass der Strom- und Energiemarkt sich zeitnah und nachhaltig wandelt, ohne zur Belastung der Bevölkerung in Form hoher Energiekosten zu werden. Hierfür sollen externe Kosten, wie der Einfluss von CO<sub>2</sub> auf das Klima, bei wirtschaftlichen Betrachtungen eingepreist werden.

## **2. Klimafreundliches Bauen und Heizen**

Dachflächen sind sowohl bei gewerblichen als auch bei privaten Neubauten zu wertvoll, um ungenutzt zu bleiben, besonders angesichts des Flächenverbrauchs. Durch eine Nutzungspflicht sollen Dachflächen künftig flexibel für Solarenergie, Dachbegrünung, Wassergewinnung oder Wohnraum zur Verfügung stehen. Ausnahmen sollen bei guter Begründung möglich sein. Wir wollen verschiedene Nutzungsmöglichkeiten zulassen, sodass keine neu gebaute Dachfläche mehr verloren geht.

Neu gebaute Parkplätze sollen zusätzlich für Solarenergie oder Begrünung genutzt werden, um zur Energiegewinnung oder zur Biodiversität und Verbesserung des Stadtklimas beizutragen. Diese Regelung soll auch auf bestehende Parkplätze ab 30 Stellplätzen mit einer Übergangsfrist ausgeweitet werden. In Österreich gibt es großes Ausbaupotenzial bei bereits genutzten Flächen wie Parkplätzen an Supermärkten, in Industriegebieten, an Autobahnraststätten und Freizeitparks.

Wir wollen den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen als Ergänzung zu Wärmepumpen in Österreich beschleunigen. Zusätzlich zu den bestehenden Bemühungen, mehr mit Wärmepumpen zu heizen, sehen wir Wärmenetze als Teil der öffentlichen Infrastruktur und wollen deren Ausbau vorantreiben. Abwärme aus Industrieprozessen sowie zentral erneuerbar erzeugte Wärme soll zum Beheizen von Gebäuden genutzt werden, da dies deutlich kosteneffizienter ist.

Volt fordert in Österreich mehr Bauen in der Substanz und Sanierung vor Abriss und Neubau. Derzeit wird überwiegend auf Abriss statt Sanierung oder Umbau zurückgegriffen, wobei erhebliche Emissionen verursacht werden. Wir wollen eine Umbauordnung als Ergänzung der bisherigen Bauordnung einführen, um die Sanierung von Bestandsgebäuden zu vereinfachen und Abrisse zu verhindern. Vor einem Abriss soll nachgewiesen werden, dass das Bestandsgebäude nicht sinnvoll weiter genutzt werden kann. Zusätzliche Auflagen erschweren oft Sanierungen, sodass Abriss und Neubau als wirtschaftlicher erscheinen.

### 3. Klimaneutrale Landwirtschaft

Das öffentliche Gut "Raum" ist begrenzt. Seine Nutzung ist geprägt von konkurrierendem Bedarf: Landwirtschaft, menschliche Lebensräume, Industriegebiete und naturbelassene Flächen. Alle Flächen müssen daher nicht nur der Produktivität Rechnung tragen, sondern auch dem Klima-, Boden- und Gewässerschutz sowie dem Erhalt der Artenvielfalt.

- Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, also bewirtschafteter Raum, muss langfristig Lebensmittel- und Versorgungssicherheit gewährleisten und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Klimakatastrophe leisten.
- Biodiversität, also biologische Vielfalt, macht Ökosysteme und Land- und Forstwirtschaft widerstandsfähiger gegen Umweltveränderungen, wie sie im Rahmen der Klimakrise immer häufiger werden.
- Raum ist ein knappes Gut und erfüllt auch ohne Bewirtschaftung eine wichtige Funktion für unsere Lebensgrundlagen, dieser Wert muss Ökosystemen durch Landschaftsschutz beigemessen werden.

Eine nachhaltige und umweltverträgliche Landwirtschaft in Österreich ist die Basis für ein gutes Leben, Grundstein für ein gesundes Ernährungssystem und ein wichtiger Baustein in unseren Anstrengungen gegen die Klimakatastrophe. Die Land- und Forstwirtschaft ist ebenso ein wichtiger Teil des Fundamentes unserer Gesellschaft. Sie gewährleistet unsere Ernährungssicherheit, gestaltet unsere Kulturlandschaften und unsere Umwelt. Vor allem beeinflusst sie aber die Ökosystemleistungen (z. B. Grundwasser und Luft), von denen wir alle abhängig sind. Dadurch sind die Land- und Forstwirtschaft\*innen bei der Erreichung von Klima- und Umweltschutzziele äußerst systemrelevant und müssen in dieser Verantwortung entsprechend unterstützt und gestärkt werden.

## 4. Mobilitätswende

Eine moderne, vielfältige und nachhaltige Mobilität braucht geeignete Rahmenbedingungen und ganzheitliche Verkehrskonzepte mit kombinierten Push- und Pull-Maßnahmen. Push-Maßnahmen reduzieren hierbei die Attraktivität des Autos und helfen den Rahmen für eine nachhaltige Mobilität zu schaffen.

Pull-Maßnahmen setzen hingegen einen Anreiz, den Umweltverbund, also den Fuß-, Fahrrad- und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), stärker zu nutzen.

Nur mit diesem ganzheitlichen Ansatz können wir den wachsenden Herausforderungen unseres alltäglichen Lebens und den klimapolitischen Zielen gerecht werden. Für uns bedeutet das:

1. Verkehr vermeiden etwa durch Ausweitung der Homeoffice-Möglichkeiten,
2. Verkehr verlagern hin zum ÖPNV, auf die Schiene und zum Fahrrad, sowie
3. Verkehr verbessern, indem zum Beispiel Autos CO<sub>2</sub>-neutral betrieben und untereinander geteilt werden.

Dazu gehört auch, den Flächenverbrauch der einzelnen Verkehrsarten im Blick zu haben. Eine Neubaustrecke der Bahn braucht beispielsweise weniger Platz als eine neue vierspurige Autobahn. Die Umwidmung einer städtischen Autospur hin zu einer Busspur oder Fahrradstraße setzt sofort die oben genannten Ziele um.

**Ein ausführlicher Überblick über unsere Klimapolitik und Schutz der Ökosysteme findet sich in unserem Moonshot Programm zur Europawahl 2024 (ab Seite 109).**

## VIII. Menschenrechte & soziale Gleichberechtigung

### Vision

#### **Gleiche Rechte und Chancen für jede und jeden!**

Ein zentraler Grundsatz der europäischen Gemeinschaft ist die Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte, Chancen und Teilhabe garantiert und die Menschenrechte geachtet, angewendet und aufrechterhalten werden müssen. Das bedeutet auch, dass nicht mehr jeder vierte Mensch in Europa von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen ist, sondern dass Armut konsequent abgebaut und die Integration und Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft sichergestellt wird. Alle sollen das Recht haben, über den eigenen Körper bestimmen zu können: es sollte keine Norm geben, was "normal" ist und was abweichend davon - hinsichtlich jeglicher menschlicher Kategorisierung wie Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion oder Körperfähigkeiten.

### 1. Ein Ende des Sexismus

Die Gesellschaft der sozialen Gleichberechtigung, für die Volt eintritt, zeichnet sich dadurch aus, dass allen Gruppen und Minderheiten Respekt und Toleranz entgegengebracht wird und dass alle Menschen gleiche Chancen erhalten. Deshalb will Volt vor allem die Gleichberechtigung folgender Gruppen nachhaltig besser realisieren: Von Sexismus Betroffene, Menschen verschiedener sexueller Orientierungen, Identitäten, Geschlechter, unterschiedlicher kultureller oder nationaler Zugehörigkeiten sowie Anhänger\*innen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen.

In unserer Gesellschaft sind geschlechtsbezogene Diskriminierung und Sexismus ein großes Problem. Betroffene sind verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt und werden im privaten, öffentlichen und beruflichen Leben diskriminiert. So verdienen sie zumeist spürbar weniger, sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert und zudem Belästigungen und Einschüchterungen ausgesetzt. Volt will die Gleichstellung am Arbeitsplatz, bei der Vereinbarkeit von Kindern und Karriere sowie in Gesellschaft und Politik, durch folgende Gegenmaßnahmen erreichen:

## **Sexismus am Arbeitsplatz bekämpfen**

- Öffentlich-rechtliche Arbeitgeber müssen in jeder Hinsicht als Vorbilder agieren.
- Wir stehen hinter der Frauenquote, sehen in einer Quote aber nur ein Werkzeug für eine Phase des Übergangs. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Gleichstellung keine Quote braucht.
- Betriebs- und Personalräte müssen dahingehend geschult werden, dass dort unangemessenes, diskriminierendes, belästigendes oder gewalttätiges Verhalten gemeldet werden kann. Zusätzlich braucht es eine öffentliche Beratungs- und Beschwerdestelle.

## **Vereinbarkeit von Familie & Beruf**

Volt will Erziehende von Kindern befähigen, ihre Verantwortung mit ihren beruflichen Vorstellungen zu vereinbaren. Mit folgenden Maßnahmen möchten wir alle Elternteile und Paare, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung, entlasten:

- Nach der Karenz soll die Rückkehr der Elternteile an ihre Arbeitsplätze in zeitlich befristeter Teilzeit nach deutschem Modell vereinfacht werden.
- Verstärkte Förderung von Arbeitszeitmodellen, bei denen mehr Menschen jeweils weniger arbeiten. Der starke Anstieg der Produktivität hat zu einem Ungleichgewicht auf den Arbeitsmärkten geführt. Eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit würde einen Großteil der daraus resultierenden strukturellen Arbeitslosigkeit absorbieren.
- Förderung von gleichberechtigter Elternzeit

## **Gesellschaft & Politik**

- Im Bildungswesen (Schule/Universität) muss über die Bedeutung und Vorteile einer diskriminierungsfreien Gesellschaft und Wirtschaft aufgeklärt werden. Heterogene Belegschaften verbessern sowohl die Produktivität als auch den Beschäftigungsgrad.
- Volt will Anreize für junge und erwachsene Menschen schaffen, Laufbahnen zu ergreifen, in denen ihr Geschlecht oft unterrepräsentiert ist.
- Schulungen und Trainings, z. B. von pädagogischem Personal, sollen verhindern, dass Kinder unbewusst in bestimmte Geschlechterrollen gelenkt werden.
- Wir verpflichten uns als Partei, unsere Wahllisten paritätisch männlich/divers und weiblich/divers zu besetzen. Wir sehen in dieser Quote aber nur ein Werkzeug für eine Phase des Übergangs. Unser Ziel ist eine Partei, in der Gleichstellung keine Quote braucht.
- Volt setzt sich für geschlechtsneutrale Toiletten ein. Sie sollen als eine inklusive Möglichkeit unter voller Berücksichtigung der Privatsphäre dienen.

## 2. Ein Ende der Queerfeindlichkeit

Queere Menschen und andere Individuen, welche unter den LGBTIAQ+\*-Begriff fallen, (im Folgenden wird der Übersichtlichkeit halber "queer" als Sammelbegriff verwendet) sind in vielen Lebensbereichen diskriminierenden Handlungen, Gewalt, Belästigungen und anderen Benachteiligungen ausgesetzt. Volt will Regelungen und konkrete Maßnahmen einführen, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller herstellen. Damit ist kein abstraktes Gleichheitskonzept gemeint, sondern tatsächliche Gleichstellung. Deshalb will Volt durch Aufklärung und Maßnahmen zur Anti-Diskriminierung die Offenheit der Gesellschaft für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung fördern und durch die Stärkung der Rechte von trans- und intersexuellen Personen die Gleichberechtigung auch politisch herstellen.

### Aufklärung & Anti-Diskriminierung

- Volt will die Ehe für alle in ganz Europa legalisieren und verteidigen, um allen Paaren dieselben Rechte, Pflichten und Bindungen zu gewähren.
- Volt möchte sich dafür einsetzen, dass eine rechtlich einwandfreie Möglichkeit einer Leihmutterchaft ermöglicht wird.
- Das Abstammungsrecht soll weitgehend reformiert werden, sodass die Elternteile deutlich mehr Rechtssicherheit bekommen. Außerdem sollte es auch möglich sein, mehr als zwei Elternteile eintragen zu können. Dies würde für queere Familien, aber auch für Patchwork-Familien eine Anerkennung ihrer Lebenssituation bedeuten.
- Transpersonen sollen als Elternteil entsprechend ihrer Geschlechtsidentität oder geschlechtsneutral und mit ihrem aktuellen Namen eingetragen werden können.
- Es darf keine Diskriminierung im Bereich der Blutspende geben. Grundlage des Vorgehens soll ein Individual Risk Assessment, sowie Rückstellungsfristen sein.
- Sämtliche Formen von sogenannten Konversionstherapien und deren Bewerbung müssen auf Grund der von ihnen ausgehenden psychischen Schäden verboten werden.
- Gewalt- und Hass-Taten, die sich gegen queere Menschen richten, müssen strenger geahndet und verfolgt werden. Um dies zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die genannten Vergehen erkannt werden, sollen Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Polizist\*innen, Richter\*innen und andere Angestellte des öffentlichen Dienstes eingeführt werden. Jegliche Gewalt- und Hass-Taten sollen statistisch für die jeweilige Betroffenenengruppe erfasst werden und ihre Erfassung erleichtert werden. Hierfür können weitere Meldestellen geschaffen und der Vorgang der Meldung vereinfacht werden.

## Rechte für Transpersonen

Volt spricht sich grundsätzlich für die Stärkung der Rechte von trans Personen, insbesondere ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, und für eine Überarbeitung der aktuellen Rechtslage aus.

- Transpersonen soll es möglich sein, ihren Namen und Personenstand mit einem Antrag, statt eines teuren und langwierigen Verfahrens mit psychologischer Begutachtung, ändern zu können (wie bspw. in Norwegen). Dabei soll es nicht-binären Personen, analog zu den Bestimmungen für intersexuelle Personen (siehe unten), ermöglicht werden, ihren Personenstand selbst zu bestimmen (z. B. "divers", "X" oder "Q") und in offiziellen Dokumenten eintragen bzw. umschreiben zu können.
- Es soll sichergestellt werden, dass medizinische Verfahren wie z.B. Hormonbehandlung, geschlechtsangleichende Operationen oder Haarentfernung weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden und der Zugang zu diesen medizinischen Verfahren erleichtert wird. Die Haarentfernung soll nicht nur die Entfernung von Gesicht-, sondern auch die von Körperhaaren umfassen.
- Außerdem muss es Transpersonen möglich sein, die mit dem eigenen Geschlecht auf Grund ihrer Selbstbestimmung verbundenen Einrichtungen, wie bspw. Toiletten oder Umkleiden nutzen zu können.

## Rechte für Intersexuelle Personen

- Die in Österreich bestehenden Regeln sollen erweitert werden, um es intersexuellen Personen zu ermöglichen, ihr Geschlecht in Identitätsdokumenten, Formblättern und offiziellen Dokumenten ohne ärztliches Attest zu bestimmen ("divers", oder z. B. als X oder Q). Es könnte auch in Betracht gezogen werden, die Erfassung des eigenen Geschlechts auf Geburtsurkunden und anderen Ausweispapieren optional zu halten.
- Volt fordert ein absolutes Verbot von medizinisch unnötigen "geschlechtsnormalisierenden" Operationen, von Sterilisationen und von anderen Behandlungen an intersexuellen Säuglingen und Kindern ohne deren Zustimmung; Ausgenommen, es besteht Lebensgefahr für das Kind.

## **Am Arbeitsplatz**

- Die Diskriminierung in und durch Unternehmen, sowie anderen Institutionen, in Form von Einbehaltung von Leistungen, Gehältern, Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten, sowie Schulungen von queeren Menschen muss sanktioniert werden.
- Es müssen Anreize für Unternehmen geschaffen werden, die Belegschaft – insbesondere das Management und die Führungsebene – zu schulen, um das Bewusstsein für die Probleme, mit denen queere Kolleg\*innen konfrontiert sind, zu schärfen.
- Unternehmen haben die Pflicht, eine Umgebung zu schaffen, in der sichergestellt ist, dass die spezifischen Rechte für trans- und intersexuelle Personen am Arbeitsplatz gewahrt sind.
- Unternehmen müssen Richtlinien einführen, die die Inklusion von Transpersonen gewährleisten, einschließlich der Anerkennung der jeweiligen Geschlechter der Belegschaft, Kund\*innen und weiterer Interessenvertreter\*innen, unabhängig davon, ob diese bereits in offiziellen Dokumenten vermerkt sind - dies schließt Richtlinien ein, die Mitarbeiter\*innen dazu verpflichten, die von den betreffenden Personen verwendeten Namen, Pronomen und jeweiligen Geschlechter zu respektieren.

## **Im Bildungssystem**

Alle Queer-Themen müssen im Sexualkunde-Unterricht abgedeckt werden. Bildung ist der Schlüssel zur Beseitigung von Ungleichheiten und ungerechten Behandlungen, zur Förderung einer Kultur des gegenseitigen Verstehens und Akzeptierens. Es ist wichtig sicherzustellen, dass Schüler\*innen in einer sicheren Lernumgebung Zugang zu den Informationen und Ressourcen haben, die sie, ihre Klassenkamerad\*innen und auch den Rest der Welt betreffen. Deshalb will Volt sicherstellen, dass im Rahmen des Sexualkunde-Unterrichts nicht nur Heterosexualität diskutiert wird, sondern auch weitere sexuelle Orientierungen (z. B. Homo- und Bisexualität) sowie, "was es bedeutet, non-binär, cisgender, trans oder intersexuell zu sein". All dies soll ohne Beschämung, falsche Erklärungen und religiöse Bemerkungen in einer diskriminierungsfreien und inklusiven Art und Weise geschehen. Queere Themen sollen einen gleichberechtigten Umfang zu Heterosexualität in den Lehrplänen aufweisen und mit einer gleichen fachlichen Kompetenz durch Lehrer\*innen abgedeckt werden. Volt fördert Konfliktberatungsstellen an allen Schulformen, an die Schüler\*innen, aber auch Eltern und Lehrer\*innen, sich im Fall von Diskriminierung und Krisensituationen wenden können. Als Vorbild dienen die an Grund- und Hauptschulen ehrenamtlich arbeitenden Konfliktberater\*innen, die wöchentliche Sprechstunden anbieten.

### **3. Ein Ende der Diskriminierung für kulturelle Zugehörigkeit, nationale Herkunft und religiöse Überzeugung**

Volt betrachtet die Vielseitigkeit unserer Gesellschaften als Reichtum und setzt sich dafür ein, dass Personen aus indigenen Gruppen und Minderheiten mit gleichen Chancen an der Gesellschaft teilhaben und mitwirken. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gelingt es mit dem aktuellen rechtlichen Rahmen nicht, Menschen hinreichend davor zu schützen, wegen ihrer kulturellen Zugehörigkeit, nationaler Herkunft oder religiöser Überzeugung Opfer von Vorurteilen, ungleicher Behandlung und sozialer Ausgrenzung zu werden. Deshalb strebt Volt eine entsprechende Gesetzgebung und eine inklusive Politik an. Hierfür müssen Angehörige von Minderheiten motiviert, ermutigt und gefördert werden, um bislang unterrepräsentierte Laufbahnen zu ergreifen.

Darüber hinaus sind in ganz Europa Menschen, die indigenen Gruppen und Minderheiten angehören, einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt, angeklagt, festgesetzt, verfolgt und eingesperrt zu werden. Dadurch ist das Vertrauen in ein Rechtswesen, das Gleichheitsgrundsätzen verpflichtet ist, beschädigt. Dieses Vertrauen wiederherzustellen, ist ein weiteres wichtiges Ziel für Volt.

In allen genannten Bereichen bildet die Diskriminierung von Sinti\*zze und Rom\*nja, die bei weitem die größte Minderheit Europas bilden, ein besonders gravierendes Problem, das Volt konsequent bekämpfen will.<sup>2</sup>

#### **Teilhabe und Mitwirkung in der Gesellschaft für Menschen aller kulturellen Prägungen**

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durchziehen all unsere gesellschaftlichen Strukturen und nehmen dabei unterschiedliche Formen an, wie zum Beispiel anti-schwarzen, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus oder Rassismus gegen Indigene. Gerade der anti-asiatische Rassismus hat sich im Zuge der COVID-19-Pandemie verstärkt. Das zeigt, wie schnell gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit um sich greifen kann und weshalb es wichtig ist, sich jederzeit gegen Rassismus stark zu machen. Von strukturellem Rassismus spricht man, wenn die Struktur der Gesellschaft selbst, das heißt, das politische und wirtschaftliche System sowie die grundlegenden Rechtsvorstellungen, bestimmte Gruppen systematisch benachteiligen. Gerade diese Art des Rassismus bleibt jedoch für Personen, die Teil einer Mehrheitsgesellschaft sind, oft unsichtbar.

Volt möchte ihn deshalb an die Oberfläche bringen, damit er gemeinsam effektiv bekämpft werden kann. Dazu wollen wir uns einerseits gezielt gegen einen Sprachgebrauch in Recht und Verwaltung einsetzen, der rassistische Denkmuster widerspiegelt und so reproduziert. Außerdem setzen wir uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Vergangenheit ein, aus der sich der strukturelle Rassismus historisch entwickelt hat.

---

<sup>2</sup> In Europa leben 10 bis 12 Millionen Roma, etwa sechs Millionen davon in der EU, die fast alle Staatsbürger eines EU-Mitgliedstaates sind. Etwa 80 Prozent leben in Armut oder sind von Armut bedroht.

- Wir plädieren für die Rückgabe von geraubtem Kulturgut sowie die Umbenennung von Straßennamen mit diskriminierendem Hintergrund. In den Prozess sollen die betroffenen Gruppen einbezogen werden.
- Wir fördern die verstärkte Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in der Bildungsarbeit und in unserer Erinnerungskultur.
- Institutioneller Rassismus schlägt sich auch in Institutionen nieder, seien es Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Verwaltung oder, besonders schwerwiegend, den Behörden der öffentlichen Sicherheit. Aufgabe der Sicherheitsbehörden, wie Polizei, Zoll, Verfassungsschutz oder Feuerwehr, ist der Schutz unserer demokratischen Gesellschaft und die Gewährleistung der Grundrechte aller Menschen. Leider machen viele Black, Indigenous and People of Color (BIPOC) im Umgang mit diesen Behörden Rassismuserfahrungen. Jeder einzelne rassistische Vorfall ist einer zu viel und widerspricht unserem Anspruch an eine freie, plurale Gesellschaft. Daher braucht es konkrete Maßnahmen, um Angestellte und Bedienstete der öffentlichen Sicherheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und bezüglich Rassismus zu sensibilisieren. So können die jeweiligen Strukturen zum Wohle aller verändert werden.
- Wir setzen uns für umfassende, landesweite und unabhängige Studien über rassistische und extremistische Haltungen in den einzelnen Sicherheitsbehörden ein. Nur so ist es möglich, strukturellen Rassismus objektiv zu erfassen und angemessene Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Auch sollen Studien aus dem Ausland, insbesondere in anderen europäischen Staaten, in diese Arbeiten einbezogen werden.

### **Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit Österreichs**

In den österreichischen Konzentrationszentren starben unzählige Juden, Homosexuelle, Lesben, Transpersonen und Befürworter von Demokratie & Menschenrechten. Doch auch vor dem Anschluss Österreichs gab es unfassbare Menschenrechtsverletzungen durch den Austrofaschismus der Vaterländischen Front. Wir fordern daher eine **umfassende Aufarbeitung von Verbrechen** durch den Austrofaschismus der 1. Republik, der NS-Verbrechen & Österreichs Rolle in der NS-Diktatur des Deutschen Reichs.

- Wir wollen eine rassismus- und diskriminierungskritische Haltung in Sicherheitsbehörden fördern. Dazu wollen wir entsprechende Bildungsangebote in der Ausbildung, sowie dienstbegleitend, schaffen und ausbauen. Hierzu gehört auch, dass bei Fehlverhalten, wie beispielsweise unrechtmäßiger Gewaltanwendung, "Racial Profiling" oder Einschüchterung, konkrete dienstrechtliche Konsequenzen implementiert werden.
- Wir wollen Gesetze, die Racial Profiling fördern und vertuschen, aufheben.
- Wir wollen Polizei, Justiz und Soziale Arbeit personell deutlich verstärken und die Kooperation untereinander ausbauen. Damit wollen wir berufliche Überlastung reduzieren, Gerichtsverfahren beschleunigen und vor allem Synergieeffekte schaffen, die eine effektivere und umfassendere soziale Präventionsarbeit ermöglichen

- Wir treten für eine verstärkte Kooperation der Polizei mit Vertreter\*innen betroffener Communities ein, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern und Präventionsarbeit zu stärken.
- Wir wollen unabhängige Beschwerdestellen einrichten, sowie eine bundesweite Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt\*innen und andere staatliche Organe sicherstellen, um mögliches Fehlverhalten effektiv untersuchen und ahnden zu können.
- Zusätzlich wollen wir die Polizeiarbeit durch Bodycams unterstützen. Mit diesen können Einsatzsituationen deeskaliert sowie Vollzugshandlungen im Nachhinein untersucht werden, was die Rechte aller Beteiligten stärkt.

### **Mehr Diversität in Unternehmen**

Ungeachtet des kulturellen Hintergrundes sollen allen Menschen in der Arbeitswelt die gleichen Chancen offenstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt auch für Mitglieder kultureller Minderheiten vorübergehend "positive Diskriminierung" anwenden, also Konzepte, die die Gleichberechtigung explizit fördern.

Alle mittleren und großen Unternehmen müssen vertrauliche Kanäle schaffen, auf denen unangemessenes und diskriminierendes Verhalten, Belästigungen oder Gewaltakte gemeldet werden können.

Die genannten Maßnahmen gelten im Besonderen für das Bildungswesen, wo Vielfalt in allen Bereichen, vor allem unter den Lehrer\*innen und Erzieher\*innen, gefördert werden muss.

### **Ende der Diskriminierung nationaler Minderheiten**

Die sechs in Österreich anerkannten nationalen Minderheiten der Slowenen, Ungarn, Burgenlandkroaten, Tschechen, Slowaken und der in Österreich lebenden Sinti\*zze und Rom\*nja sind leider häufig immer noch von institutioneller Diskriminierung betroffen, welche Volt konsequent auf Bundes- wie Landesebene bekämpfen möchte.

### **Ende der Diskriminierung von Sinti\*zze und Rom\*nja**

Volt hat als Ziel, dass Sinti\*zze und Rom\*nja gleiche Rechte genießen und keine Diskriminierung erleiden. Hierfür sollen spezielle Antidiskriminierungs-Kampagnen ausgearbeitet und gefördert werden. Vorlage dieser soll die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der International Holocaust Remembrance Alliance sein.

Volt will, dass Sinti\*zze und Rom\*nja gleichberechtigten Zugang sowohl zu grundlegender Infrastruktur (Wohnen, fließendes Wasser, Elektrizität, Heizung, Internet) als auch zu Bildung, Beschäftigung und Gesundheit haben.

### **Ende der Diskriminierung von Jüdinnen\*Juden**

Menschen jüdischen Glaubens leben seit über 1700 Jahren in deutschsprachigen Regionen. Antisemitismus ist dabei leider immer ein Teil gewesen und nie aus unserer Gesellschaft verschwunden. Nach dem Zivilisationsbruch der Shoah haben wir heute wieder ein lebendiges Judentum in Österreich, welches jedoch bedroht wird und deshalb geschützt werden muss.

Volt ist die Stärkung und Unterstützung des jüdischen Lebens in allen gesellschaftlichen Bereichen besonders wichtig. Diese soll einhergehen mit der Entwicklung von konzeptionellen Sicherheitsmaßnahmen gemeinsam mit jüdischen Einrichtungen. Die finanziellen Mittel hierfür sollen von staatlicher Seite bereitgestellt werden.

### **Ende der Diskriminierung für Glauben und religiöser Überzeugung**

Die Entscheidung für eine Religion oder gegen jede Form religiöser Überzeugung (z. B. Atheismus) versteht Volt als freie Entscheidung, die von der Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit geschützt wird, soweit nicht die Rechte anderer beeinträchtigt oder verletzt werden. Daher spricht sich Volt entschieden gegen jede Form religiöser Diskriminierung aus, befürwortet einen säkularen Staat und tritt dafür ein, dass die Grundsätze der Glaubens- und Religionsfreiheit in ganz Europa respektiert werden, solange sie nicht Rechte und Freiheiten Anderer einschränken und die Menschenrechte achten.

## **IX. Jugend, Bildung & Forschung**

### **Vision**

Volt setzt sich für eine Zukunft ein, in der jede\*r Jugendliche durch eine umfassende Jugendbeihilfe die Möglichkeit erhält, selbstbestimmt und ohne finanzielle Barrieren zu leben. Wir wollen ein Bildungssystem kreieren, das lebenslanges Lernen fördert, beginnend von frühester Kindheit bis ins hohe Alter, und dabei formelle und informelle Bildungsprozesse gleichermaßen anerkennt. Unsere Vision beinhaltet den Einsatz moderner Technologien in Schulen, um interaktives und personalisiertes Lernen zu ermöglichen. Durch flexible Arbeitsmodelle und erweiterten Bildungsurlaub schaffen wir Freiräume für kontinuierliche berufliche und persönliche Weiterentwicklung. Österreich wird durch gezielte Investitionen in grüne Gentechnik und verstärkte Zusammenarbeit mit der ESA zu einem führenden Wissenschaftsstandort in Europa. So gestalten wir eine innovative, faire und zukunftsorientierte Gesellschaft.

### **1. Jugendbeihilfe**

Derzeit existiert in Österreich die Schülerbeihilfe, welche für Gymnasiast\*innen und Oberstufenschüler\*innen beantragbar ist, sowie die Studierendenbeihilfe für Studierende. Zwar gibt es in einzelnen Bundesländern auch Förderungen für Lehrlinge, jedoch reichen diese oftmals nicht aus um über die Runden zu kommen. Eine eigene Wohnung, ein Auto oder ein ÖPNV-Ticket kosten stetig mehr, während Lehrlinge durch teils niedrige Gehälter für das 1. Lehrjahr sowie durch finanzielle Belastung nach der Lehre aufgrund des Grundwehrdienstes ohnehin wenig bekommen. Wir finden, dass diese soziale Diskriminierung gestoppt werden muss. Daher fordern wir die schnellstmögliche Einführung einer Jugendbeihilfe für alle zwischen 14 und 18 Jahre, damit jede\*r Jugendliche bestens gewappnet ist, um sich ein Leben aufbauen zu können. Für all jene über 18 fordern wir ein bedingungsloses Grundeinkommen.

## 2. Schulreform

### Modulsystem

In einigen AHS gibt es sogenannte Wahlpflichtfächer, mit denen sich der wöchentliche Unterricht mit den jeweiligen unterschiedlichen Fächern anpassen lässt. Leider betrifft das nicht alle Fachrichtungen sondern Schüler haben meistens nur die Wahl zwischen zwei Fremdsprachen. In der BHS gibt es solche Wahlmöglichkeiten nur begrenzt.

Schüler der Oberstufe sollten sich den Unterricht sowie die wöchentlichen Unterrichtseinheiten selbst zusammenstellen können, indem die Stundenanzahl des einzelnen Faches dem jeweiligen Leistungsstand des Schülers angepasst wird. Da eine freie Wahl aller Gegenstände durch allen Schüler aus kapazitiven Gründen nicht funktioniert sollten diese Module nach dem bestehenden Mehrheitsverfahren zusammengestellt werden. Je nach Anzahl der Schüler pro Jahrgang werden mehrere Klassen gebildet, wo die Zusammenstellung der Schüler bestmöglich zusammenpasst.

Um Abwechslung und Spezifizierung der Unterrichtsgegenstände zu bewirken fordern wir:

- Ein Modulsystem zur gezielten Förderung der Schüler
- Einführung von Wahlpflichtgegenständen in der BHS

### Individuelles Lernen

Seitdem es unser Schulsystem gibt, ist dieses von Hausübungen geprägt. Pflichtaufgaben, die für zuhause in nicht geringer Menge aufgegeben werden sind für das Lernen laut Studien nicht zielführend. Stundenlange Erledigungen der Übungen verkürzen die Lernzeit. Jeder Schüler sollte individuell und selbstständig entscheiden, ob Übungs- oder Lernbedarf besteht. Selbstständigkeit ist im späteren Berufsleben unabdinglich.

Aktuell besteht in manchen Schulen eine Materialordnung, das heißt es wird bestimmt, wie ein Heft mit seinem Einband in den jeweiligen Fachrichtungen auszusehen hat. In manchen Schulen werden die Marken der jeweiligen Stifte vorgeschrieben. Bestimmte hochpreisige Taschenrechner werden auch vorausgesetzt, obwohl derartige Programme für Computer, Smartphones, Notebooks und Tablets bereits existieren. In der Neuen Oberstufe sollte es in allen Schularten (AHS, BHS) dem Schüler selbst frei stehen, wie er seine Mitschriften am besten verwaltet. Ein Notebook ist beispielsweise umweltfreundlicher als Unmengen von Papier und ist mit Hinblick auf die Konnektivität zum jeweiligen Professor effizienter. Deshalb sollte es bei Herstellern Bildungspreise auch für Schüler geben und die Anschaffung sollte durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung gefördert werden, damit es sich jeder Schüler leisten kann, ein Notebook oder Tablet zu besitzen.

An Schulen der AHS gibt es aktuell zu wenig IT-Unterricht. Das 10-Fingersystem sowie Grundlagen der angewandten Informatik sollen an allen Oberstufen vertieft unterrichtet werden.

Um das individuelle Lernen zu fördern fordern wir:

- Hausübungen auf freiwilliger Basis zur Förderung der Selbstständigkeit und Steigerung der Effizienz
- Eine freie Entscheidung über die Erstellung und Verwaltung der Mitschrift

### **3. Lebenslange Bildung**

Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Er spielt sich in formalen und institutionalisierten Bildungsinstitutionen wie KiTa, Gymnasium, HAK, HTL, Uni, Hochschule, Lehre oder in Weiterbildungen ab. Mindestens genauso wichtig sind aber auch informelle Bildungs- und Lernprozesse, die sich außerhalb von strukturierten Bildungsinstitutionen über ein ganzes Leben hinweg vollziehen. Ein umfassendes Bildungskonzept muss solche Prozesse ebenfalls einbeziehen. Volt will diesem Anspruch mit einem Konzept lebenslanger Bildung bzw. lebensbegleitenden Lernens gerecht werden. Dieses vertritt als Kernanliegen, dass Bildung nicht erst mit dem Eintritt in die Schule beginnt und auch nicht mit dem Abschluss des formalen Bildungsprozesses endet.

Ein Hauptziel von Volt besteht darin, Bildung jedem Menschen während seines gesamten beruflichen und privaten Lebens ohne Einschränkungen zu ermöglichen, damit allen unabhängig von ihrem Alter, beruflichen Hintergrund oder ihrer Herkunft Chancen geboten werden und eine freie Entfaltung der eigenen unverwechselbaren Persönlichkeit möglich ist.

Dabei verfolgen wir folgende Ziele:

#### **Lebenslanges Lernen statt Frontalunterricht**

Der Weg zu einem innovativen Österreich erfordert nicht nur Infrastruktur und Rahmenbedingungen, sondern auch Investitionen in die (lebenslange) Bildung. Dabei geht es uns nicht nur um die Vermittlung von Kompetenzen, sondern auch um Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation durch soziale Medien.

Bildung ist für uns das beste Mittel gegen Populismus!

Für die Entwicklung von Medienkompetenz, grundlegenden IT-Kenntnissen, Informationskompetenz und „Computational Thinking“ (wie funktioniert KI?) fordern wir, dass Österreich sich dafür einsetzt, den Zeitplan des „Digital Education Action Plans“ (DEAP) der EU zu beschleunigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass österreichische Universitäten verstärkt Online-Kurse und MOOCs (Massive Open Online Courses) anbieten, um Österreicher:innen und Menschen weltweit Zugang zu hochwertiger Bildung anzubieten, mit flexiblen Lernzeiten und personalisierten Lernpfaden.

Die Schule ist für uns dabei kein Ort für reine Wissensvermittlung im Frontalunterricht. Wir möchten die Bürger:innen von morgen auf die digitale Welt vorbereiten, weshalb wir den Einsatz digitaler Tools wie Smartboards, Tablets und interaktive Lernplattformen fördern wollen. Unser Ziel ist ein interaktiver und engagierter Unterricht, eine bessere Transparenz des Lernfortschritts und verbesserte Kommunikation zwischen Lehrenden, Lernenden und Eltern.

Durch den Einsatz von KI haben wir hier die einmalige Gelegenheit, maßgeschneiderte Lernlösungen zu entwickeln, eventuelle Lernschwierigkeiten früh aufzuzeigen und somit Chancengleichheit für alle zu erreichen.

### **Reform des Arbeitslebens**

Lebenslange Bildung geschieht zu einem großen Teil im Rahmen von beruflichen Umorientierungen. Dabei besteht aber die Gefahr, dass Bildung ständige Anpassung an Zwänge des eigenen Berufslebens und die damit immer wieder geschehende Formung des Individuums durch den Arbeitsmarkt heißt. Volt will dieser Gefahr eine grundlegende Reform des Arbeitslebens entgegensetzen, die Freiräume schafft, damit die freie Persönlichkeitsentfaltung auch weiterhin möglich ist und im Mittelpunkt stehen kann.

### **Europäische Vernetzung**

Ein besonderes Anliegen von Volt ist die europäische Perspektive, der im Bereich Lebenslanger Bildung einen besonderen Platz einnehmen soll. Digitale Angebote eignen sich dabei hervorragend für eine europaweite Umsetzung. Das bereichert nicht nur das Bildungsangebot, sondern fördert durch die Möglichkeit von internationalen Lerngruppen den europäischen Gedanken. Damit das Angebot gerne und möglichst barrierefrei wahrgenommen werden kann, wollen wir nach Möglichkeit verstärkt auf digitale bzw. hybride Lösungen zurückgreifen, wenn das Thema der Weiterbildung dies zulässt. Zur Verstärkung der europäischen Vernetzung soll der Europass weiterentwickelt und stärker bekannt gemacht werden. Dabei handelt es sich um ein Portal, in dem EU-Bürger\*innen europaweit den eigenen Lebenslauf zur Verfügung stellen können, oder sich über Jobangebote und sonstige Möglichkeiten informieren können. Damit stellt der Pass eine gute und bequeme Möglichkeit zur eigenen Horizonterweiterung und zur Förderung der eigenen Lernmotivation dar. Die Integration des Erasmus-Programms, um auch die Schulbildung in den europäischen Austausch zu integrieren, sieht Volt als eine wichtige Weiterentwicklungsmöglichkeit.

### **Aufbau von Exzellenzzentren**

Im Zuge der Globalisierung ist die Mobilisierung aller Talente einer Gesellschaft besonders wichtig. Es werden aber zu häufig nur intellektuelle Talente gefördert und andere Talente übersehen. Um Talente in allen Bereichen anzuziehen und möglichst lebenslang zu

## **4. Ausbau der Forschung**

### **Gentechnik**

Volt unterstützt die Zulassung von grüner Gentechnik, um die Folgen der globalen Erwärmung einzudämmen. Genetisch veränderte Pflanzen lassen sich klimaresistent anbauen, was einen wichtigen Baustein für die Bereitstellung der Ernährungssicherheit darstellt.

### **Wissenschaftsstandort Österreich stärken**

Investitionen in Innovation & Forschung sind essentiell, um die Herausforderungen der Zukunft angehen zu können. Die Grundlagenforschung in Österreich muss dahingehend stärker finanziert werden.

### **Zusammenarbeit mit der ESA ausbauen**

Österreich ist Teil der European Space Agency, jedoch sind wir Schlusslicht in Sachen Projekte für die Weltraumforschung. Um unser Land, aber auch ganz Europa, voranzubringen, braucht es mehr Investitionen in die Weltraumforschung.

## Referenzen

[1] Volt Europawahlprogramm 2024

[https://voltdeutschland.org/storage/assets-de/pdf/europawahl\\_2024/volt-wahlprogramm-europawahl-2024.pdf](https://voltdeutschland.org/storage/assets-de/pdf/europawahl_2024/volt-wahlprogramm-europawahl-2024.pdf) (26.6.2024)

[2] e-Democracy Portal von Estland

<https://e-estonia.com/solutions/e-governance/e-democracy/> (26.6.2024)

[3] Grundsatzprogramm Volt Deutschland

[https://voltdeutschland.org/storage/assets-de/pdf/politische\\_programme\\_de/grundsatzprogramm\\_volt\\_deutschland\\_2023\\_01\\_28.pdf](https://voltdeutschland.org/storage/assets-de/pdf/politische_programme_de/grundsatzprogramm_volt_deutschland_2023_01_28.pdf)  
(26.6.2024)

[4] The 2015 Ageing Report

[https://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2015/pdf/ee3\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2015/pdf/ee3_en.pdf) (29.6.2024)

[5] Der Standard

<https://www.derstandard.at/story/2000114999193/wie-die-pensionen-in-oesterreich-finanziert-werden> (29.6.2024)